

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. August 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Zeilenanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 87

Stimmungen und Regungen hüten und drüben

Der Raum ist knapp. Der Stoff droht alle unter dem Druck der Verhältnisse noch vorhandenen Beschränkungen zu sprengen. Die Artikel fürmen sich zu Bergen. Für Verammlungsberichte müßten schon Nebenlager geschaffen werden. Die Redaktion des Verbandsorgans wird immer mehr von der ansteigenden Flut bebrängt. Was sie sonst in besonderen Betrachtungen sagen konnte, muß sie jetzt in nur flüchtigen Streifzügen zu behandeln und zu klären versuchen. Das ist nicht leicht, zumal nicht in der Erscheinungen und Ereignisse bestäubenden Flucht unserer trüblichen Tage.

Zunächst etwas Allgemeines: Vor fünf Jahren kam für das alte Deutschland der erste große Sündenfall. Der Weltkrieg begann. Der deutsche Militarismus nahm seine lurchsbarke Entfaltung, trat mit dem Imperialismus, wie ihn der weltmachthungrige Kapitalismus erzeugt, in die Arienarena des grausigen Völkerdramas. Die immer falsch orientierte deutsche Diplomatie und Politik unterlag dem kriegerischen Geist und dilo Befähigungsdrange der eigentlichen Gewalttäter, die den Kulturgrad des Landes der Dichter und Denker wie die Schaffenskraft und -fähigkeit des deutschen Volkes nur mißkreditierten. Es entstand der Völkerruf gegen uns. Darunter sind viele und zum Teil recht feste Wipfel von Stamm und Nimm. Ihre erkünstelten Systeme der Volksbeglückung erweisen sich jumeist als eitel Spiegelschere. Als „Erbsen“ der kleinen Nationen wänden sie sich selbst papierne Lorbeerkränze. Was sie Demokratie nennen, hat bei ihrer eignen Volksgenossen vielfach eine andre Begriffswertung.

Aber in ihren probig zur Schau getragenen „Tugenden“ waren ihnen unre militärisch-alldeutsch-annegionistischnationalistische Treiber und Tiktatoren weit über, sind auf dem ganzen Erdenrund überhaupt konkurrenzlos. Durch diese „Muffergalerie“ infamer Volksbetrüger, die unter rücksichtsloser Lärre der Kriegszustandsgehele alles taten, was zur Verbummung und Verbeugung nur getan werden kann, sind wir vierinhalb Jahre lang durch Blut und Tod, Not und Elend, Hunger und Entbeugung gezogen worden. Wie oft diese Verbrecher an der deutschen Nation Friedensregungen der andern in ihrem Tollwahn mit rauer Hand zerstückt haben, ist noch nicht heraus. Die Weimarer Entschlüssen haben den Schleier erst etwas gelüftet. Was sie aber bereits angeigt haben, läßt grauenhaften Frevel erkennen. Die Deutschnationalen als legitimerte Stimmnachfolger der alldeutschen Räuberfippe sind dadurch nun dem Militarismus in die Grube nachgescharen, was bis jetzt der größte Erfolg der deutschen Revolution gewesen ist. Die Gegenrevolution hat damit ausgespielt, wie es äußerlich in dieser Woche die Abstimmung in Weimar zeigte. Innerlich wird ihr auch die reaktionäre Presse mit den Gegenerklärungen der Hauptschuldigen nicht wieder in den Sattel zu helfen vermögen. Und die Arbeiterchaft dürfte auch in ihren reaktionären Ausprägungen endlich auf andre Methoden kommen als die bisherigen, mit denen sie vielfach nur den Todfeinden der Umwälzung in Deutschland die Pferde angepömpft hat.

Deutschland ist jetzt ganz unten. Was der „Friedensquacksalber“ Wilson mit seinen schlecht zufriedenzustellenden Miß- oder auch Gegenentwürfen anrichten konnte, ist — die bisherigen Entschlüssen der jetzigen Regierung sprechen schon reichlich dafür — in erheblichem Maße der Niederschlag von den Gewalttäten unserer Machthaber und ihrem verlogenen Erbessergelue. Wilson hat einmal erklärt, das deutsche Volk nicht unter den Diktatoren lehrer herrschenden Kreise leiden zu lassen. Es ist anders gekommen. Die Masse hat es zu fragen. Die Kriegszuhälter in- und außerhalb des alldeutschen Raeres sind wölen durch die Lappen gelut, sind es bereits zum großen Teil. Die für die deutsche Bevölkerung vor fünf Jahren schon mit schweren Kosten angelegt wurde, muß jetzt bei ihrem Zerfall noch eine andre Verfassung finden; moralisch und materiell.

Es sind von den vielen Selbsthären des Kriegstristes bei uns viel gründlichere Wiedergutmachungen zu fordern!

Die deutsche Arbeiterchaft hat seit dem 9. November auch manchen schweren Sündenfall auf ihrem Gewissen. Sie ist sich dessen recht wenig bewußt. Betrüblicherweise rennt man gegeneinander wügend an und quält sich mit Schuldrechnungen über die Kriegszeit ab, während die reaktionären Haupt- oder Allseinschuldigen in der Laube saßen. Die Industrie des Sasses, die draußen gegen Deutschland süppig blüht, zeigt Hochkonjunktur auch in der Arbeiterchaft gegeneinander. Man schlägt sich bei Demonstrationen gegen den Gewalttäteren sogar mit Bergläsern und Stuhlbeinen die Schädel ein und wechselt Revolverschüsse wie sonst liebenswürdige Wahrheiten; so im Berliner Gewerkschaftshaus am 21. Juli traurigerweise geschehen. Jeder Teil will rein sein, wo doch Fehler allenthalben die schwere Menge gemacht worden sind und leidet in kräftiger Fortsetzung weiter begangen werden. Sieht man die wirklich Bemerklichen denn gar nicht? Glitschwaden entseigen der Arbeiterpresse. Intoleranz und Terror sind marktgängige Kampfmittel geworden. Man fällt sich gegenseitig an und beruft sich dabei unwilligerweise auf die durch den Krieg geschaffene Erbitterung. Vermag diese, keine preiswürdigeren Objekte zu finden? Den Reaktionen wie den kapitalistischen Avantgarder ist dadurch wieder erheblich der Mut gequollen. Den in den Regierungen sitzenden oder sie bildenden Vertretern der Arbeiterchaft — vor Jahresfrist hätte noch kein Mensch die Sozialdemokratie als Ablösung der Ludendorff-Diktatur für denkbar gehalten! — wird dadurch immer mehr eine Hölzerung bereitet, die sie nicht besäßigen kann, der so schwierigen ökonomischen und sozialen Revolution besser die Wege zu ebnen; ganz abgesehen von den außerordentlichen Erschwerungen durch den grausamen Frieden und den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands. Ist es nicht auch ein schwerer Posten in dem Schuldkonto der deutschen Arbeiterklasse, daß wir eine bürgerliche Mehrheit in dem Reichsparlament haben bei einem so unumschränkten Wahlrecht? Und als Folge davon mit einer sozialistisch-kapitalistische Regierung? Es beginnt über diese Sündenfälle jedoch wenigstens etwas zu dämmern, wie selbst in dem „unbesiechten“ Leipzig zu beobachten ist, wo hart zwei Richtungen in der unabhängigen Sozialdemokratie um die Frage über die Beteiligung an der sächsischen Regierung streiten.

Gammerschade ist es, daß die Besonnenen unter den fester fundierten Köpfen aller drei politischen Arbeiterparteien nicht oder doch zu wenig in den Hauptblättern ihrer Richtung die Fackel der besseren Vernunft schwingen. Ihr Protest des gesunden Urteils verliert sich in Wochen- oder Monatschriften, die von der Masse nicht gelesen werden. Diese aber ist zu sehr der Bearbeitung von denen ausgesetzt, für die agitatorische Mache alles ist; seit den Novembertagen auch häufig von solchen Leuten, die erst durch die Zeneugung bei der Parteikaufe etwas geworden sind und sich nun verpflichtet fühlen, in dieser Epoche der großen Sprünge der Menge Verbeugungen zu machen, die der im Selbstbedienen gefühltere Teil der Arbeiterchaft ohne weiteres als Illusion — um kein mehr charakterisierendes Wort zu gebrauchen — betrachtet. Es ist ja nicht ein übles Referatrecht einer der drei Parteien geblieben, das öfters schon vor Leuten gewarnt worden ist, die in Versammlungen oder auf öffentlichen Plätzen eine auffallende Jungengelenkigkeit entfallen. Die allgemeine Demoralisation macht heute eben vor keiner Bevölkerungs-schicht halt. Die Massen aber richtig politisieren, sie nicht nur mit Schlagwortweisheiten austriften, sie nicht nach größerer Demokratie verlangen, in Wirklichkeit aber die Diktatur von Minderheiten begreifen zu lassen, sie nicht gegen einen Teil der Führer aufmehen vor ändern, die vor sich selbst das Welbrauchs gern geschwungen sehen, sie zur Toleranz gegen Andersdenkende erziehen, ferner den bis zur Revolution Aufgelassen freigeistlich machen, daß ihre Umwandlung näher in Sanktrot nicht überzeugend wirkt und die frühere beharrliche Aktivistik im Streifen jetzt doch nur unwillkürliche der Streikbewegung ge-

wischen sein kann — wenn eine solchermahen erzogene, selbstständig denkende, überlegen handelnde und mit gesundem kritischen Bedürfnis ausgestattete Masse sich unter den Bannern der deutschen Arbeiterchaft zusammenfindet, dann erst wird die Revolution siegreich sein!

Wie von Lenin und Trotski, die andre Wege zu diesem Ziele geben, muß eben auch den deutschen Arbeitern ungeschminkt gesagt werden, daß es für unre Verhältnisse und revolutionäre Entwicklung ebenfalls nicht nach den häufig bestehenden Auffassungen und beliebten Praktiken geben kann. Es bietet sich hoffentlich später Gelegenheiten, an den Reden und Schriften dieser beiden Männer und durch andre russische Quellen näher zu zeigen, daß eines bösen Tages in Rußland die Methode des Gebenlassens und der mangelhaften Leitung durch ungeschulte Kräfte radikal verabschiedet und für den guten Gang des Produktionsprozesses „die äußerste Anstrengung aller Kräfte zur schnellsten ökonomischen Hebung des Landes“, „Hebung der Arbeitsproduktivität“, „eine eiserne Hand“, „eiserne Disziplin“, „widerspruchsföher Gehorsam“, „Arbeitspflicht“ und „Arbeitsdisziplin“, für die Eisenbahnen „in doppeltem und dreifachem Maße“, als absolute Notwendigkeiten ausgegeben wurden, die mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden sollten. In der „Rundschau“ dieser Nummer ist zu lesen, daß man in Rußland mit Fähigkeit auf das im Interesse der Allgemeinheit als richtig Erkannte zusehert. Dabei befindet sich Rußland in einer wirtschaftlich viel günstigeren Lage als wir. Wie die zwei russischen Hauptführer der Mitwirkung der gewerkschaftlichen Verbände und der Genossenschaften gedenken, ist auch wertvoll. In der deutschen Arbeiterchaft war man aber schon drauf und dran, diese beiden Arme der Arbeiterbewegung als nicht mehr brauchbar zu bewerten. Von den vielen seit den Novembertagen 1918 aufgetretenen Konfusionen ist gedachte nun wohl am sichersten aufgegangen worden. Es könnte noch manche folgen! Man kann von Rußland nicht nur lernen, wie etwas nicht gemacht werden soll, sondern bisweilen auch, daß es gar nicht anders zu machen ist.

So bietet sich uns bei einem allgemeinen Rundblick der Anschauungsunterricht, daß es sehr wohl besser vorwärtsgehen könnte, wenn man von mit aller Unvernunft ge-kränkten Gegenständen ablassen würde und aus der bitteren Erfahrung jammervoller fünf Jahre endlich mehr für die Zukunft lernen wollte, deren Schicksal wir im großen wie im kleinen doch jetzt in erster Linie selbst sind.

Für die gewerkschaftliche Arbeit ergeben sich aus dieser Fülle von Rück- und Niederlagen der vor- wie der nachnovemberlichen Zeit ungeheure Schwierigkeiten. Der außerordentlich starke Andrang zu den Organisationen — durch die schwere Verlustliste des Krieges gewinnt das Anwachsen auf über 5 Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter noch viel größere Bedeutung — hat eine gar nicht leichte Lage geschaffen. Es ist gewiß erfreulich, zu sehen, wie über immer weitere Kreise der Arbeiter und namentlich der Angestellten die Erkenntnis kommt, sich nach der Methode der bisher in der General-Kommunion vereinigten Verbände zusammenzuschließen. Wenn die erkannte Notwendigkeit, alles, was mitarbeitet, in die berufliche oder die industrieumfassende Organisation zu überführen, aber gleich wieder durchsichtbar wird, indem sich in den Gewerkschaften parteipolitische Ausprägungen kreuzen, so wird damit ein neuer, schwerer Fehler begangen. Wir haben das schon in dem zweiten Teile der „Kritikserie“ „Der Parteikrieg und die Gewerkschaften“ vor einiger Zeit nachgewiesen und konnten keinen geringeren als Karl Marx für die Anschließlichkeit dieses Zusammenorganisierens in den wirtschaftlichen Arbeiterkoalitionen anführen. Das zeigt ebenfalls zu beobachtende Eigen der Mittelklasse zahlen der andern gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen muß doch auch lehren, wie verheerend es ist, die parteipolitische Konfusion mit ihrem wirren Durcheinander von Programmen und Tagesverpflichtungen auf das Gewerkschaftsleben voll zur Wirkung zu lassen.

Vergegenwärtigt man sich, wie es über die Probleme der Sozialisierung, des Rätesystems, des Parlamentarismus, der Diktatur des Proletariats und in ähnlichen mehr zum Schlagwort als zum Prinzip gewordenen Fragen von scharf kontrastierenden Ansichten selbst unter den Führern der linksstehenden Parteien wimmelt, dann muß es einen kalt und heiß überlaufen, wenn das Echo dieser schrillen Diskussionen von dem jeweiligen besonderen Parteistandpunkt aus in den Gewerkschaften vernehmbar wird. Es ist deshalb nicht nur Unflirt, sondern auch großer Unflug, von einer regelrechten Opposition in den Gewerkschaften zu sprechen oder eine solche der Masse zu suggerieren, wie es von den radikalsten politischen Arbeiterführern mit Fleiß geübt wird und seit dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß noch mehr geschieht. Man kann wohl von vordrängenden Elementen sprechen oder von einer Opposition in einem bestimmten gewerkschaftlichen Meinungsstreife. Die hat es indes schon gegeben, als noch nicht an die Auntenhausen Deutschland und deutsche Sozialdemokratie zu denken war, und sie werden auch dann noch vorhanden sein, wenn unser armes Volk alle Stadien des jetzt so unterschiedlich ausgelegten Sozialismus durchlaufen müßte. Von einer feststehenden Opposition kann und darf also keine Rede sein, denn selbst der „revolutionäre Standpunkt“ ist bei unszulage auch unter Kameraden auf dem linken Flügel nicht immer reizvollen Differenzierungen unterworfen. Der Erld, eine solche künstlich zu konstruieren, indem man diese als Vertreter der schwächsten Kräfte ercheint, die andern aber als „Gewerkschaftsbureaunkräfte“ oder „Partei- bonzentum“ aufmarschieren läßt, sollte bei denkenden Arbeitern nicht verlangen. Die oppositionellen Hauptredner in Nürnberg: Ohmann, Lange, Richard Müller, Siegle, Secherl, sind alles Angestellte in der Arbeiterbewegung. Mit dem allein Gerede von dem Gefühlungsverlieren mit der Masse müßte man im allgemeinen jetzt vorsichtiger sein, denn die Notwendigkeit der Freistellung von Funktionären wächst naturgemäß unter den heutigen Organisationsverhältnissen allenthalben erheblich, aber auch das eigene Bedürfnis dazu jetzt manchmal dringlicher Stellung.

Im folgenden könnte von Nürnberg, das in hervor- hebendem Maß ein Gewerkschaftskongreß der Toleranz war, viel gelernt werden für das unbedingte Erfordernis gegenfälliger Duldsamkeit, die wir in der schon angezogenen Artikelserie (Nr. 40) auch mit besonderem Nachdruck gepredigt haben. Die ihm jetzt verschiedentlich ausgestellte unangenehme Note ist nichts weiter als deplacierter Verdruß von der Seite, die als eigentlicher Betreiber der sogenannten Opposition in den Gewerkschaften zu betrachten ist. Man habe sich eben mehr versprochen und ist nun über das sich zeigende Kräfteverhältnis mißmutig. Zu Unrecht wird dafür die Zusammenlegung des Gewerkschaftskongresses geltend gemacht; es sollen zu wenig Mitglieder und zu viel Organisationsbeamte dagewesen sein. Soweit eine solche Verschiebung wirklich eingetreten wäre, würde das nach dem Vorausgesagten nichts Ungewöhnliches belegen. Wir er- innern uns, daß von einem Delegierten, der selbst Partei- angestellter ist, über den letzten unabhängigen Parteitag auch schon dieser Umstand hervorgehoben wurde. Es ist also überall so, daß sozusagen die wirklichen Mitglieder zu kurz kommen sollen. Die Demokratie, auf die sonst manchmal kräftig gepiffen wird, geht aber darüber nicht in die Brüche, denn auch Urwahlen zum Gewerkschaftskongreß haben, z. B. bei dem Schwager Buchbinder, der „Opposition“ eine ganz falsche Rechnung aufgestellt. Nebenbei bemerkt: Von den 13 Buchdruckerdelegierten sind 5 keine Gewerkschaftsbeamten gewesen; ob unbeschadet des in Nr. 84 in einer Redaktionsanmerkung Gesagten für das Zustandekommen unserer Delegation sich später nicht doch noch eine andre Regelung finden läßt, braucht im gegenwärtigen Augenblicke nicht bis zur letzten Gedankenmöglichkeit er- schöpft zu werden.

Auf der Internationalen Gewerkschaftskonferenz, die soeben in Amsterdam stattgefunden hat, ist die deutsche Vertretung in betreff der Kriegsfrage von weniger orthodoxer Auffassung und Beurteilungsfähigkeit ausgegangen als andre Delegierte. Es geht sich an der abgegebenen weitgehenden deutschen Erklärung gar deutlich das Bestreben, mit der internationalen Gewerkschaftsopposition ohne parteibergerrte Staauswaltsstreben wieder zusammen zu arbeiten.

Um so schlimmer ist es, daß in Deutschland selbst der Sozialismus noch zu sehr der Nihilisterei der Politik der Selbstzerstückelung sein kann. Die Intrans in den Kampf- mitteln und Kampfmethoden läßt häufig jede gewerkschaft- liche Schulung vermissen. Die Not der Zeit macht ja manches erklärlich, sie entschuldigt aber lange nicht alles, was an Böden geschaffen wird. Bisweilen beginnt es aber doch bei den Novembergewerkschaften zu dümmern, daß es in diesen Kreuz- und Querjahren wirklich nicht weitergehen kann. Mit den besondern Streitstellungen oder gar mit den auch schon aufgenommenen Zentralstreik- stellungen neben den Organisationsvorkänden haben sich die gemachten Erfahrungen, wie vorauszu sehen, als recht zweifelhaft erwiesen. Wirtschaftliche Beweggründe werden zwar immer vorhanden sein; die Frage ist aber, ob der Antriebs Impuls aus solchen heraus erfolgt. Wenn man die

jetzige scharfe Fehde zwischen den Unabhängigen und den Kommunisten über ein von der Zentralleitung der letzteren gegen die ersteren herausgegebenes Flugblatt „über den Putschismus“ verfolgt, das die „Freiheit“ erobert „wohlt die schamloseste Denunziation, die jemals im politischen Kampf angewandt worden ist“, nennt, dann findet sich für so manches Bestätigung, was ruhige Beurteiler schon immer gesagt haben. Es ist auch von einem gewerkschaftlichen Putschismus zu reden! Die Gewerkschaftsleiter werden mit Beschimpfungen malträtiert, wenn sie sich dagegen wenden. Es wird von einer „Vogromstimmung“ gegen die Streikenden in den lebenswichtigen Betrieben ge- sprochen, obwohl durch die Auflösung von Verkehrs- ausständen eine Verblüffung auch in der Arbeiterchaft un- ableiblich ist. Wenn Ärzte- und Seemannsstreiks von den Radikalen mit großem Aufwande von stichtlicher Entrüstung verdammt werden, dann ist der neuen, infamen Lösung von dem „Griffe an die Gurgel“ nicht etwa zuzujuchzen. Streiks von Bergarbeitern, Eisenbahnern, Straßenbahnern, Elek- trizitäts-, Gas- und Wasserarbeitern dürfen doch tatsächlich nur das allerletzte Mittel sein, denn dadurch werden die Massen am schlimmsten in Mitleidenschaft gezogen. In der von Hilferdings Abklärung zu wenig durchgezogenen „Freiheit“ war in dieser Woche ein Artikel zu lesen: „Keine Revolutionsromantik!“ Solche Äußerungen sind gar selten an solchen Stellen. Daß der zweite Vorsitzende der un- abhängigen Partei (Grüppel) der Verfasser ist, spricht für die erkannte Notwendigkeit, auch einmal so zu kommen. Gr- üppel sagt zum Schluß:

Mehr denn je kommt es heute darauf an, daß die Massen nicht mit Illusionen gestiftet werden. Die Massen dürfen nicht den Boden der realen Tatsachen verlassen und dem Glauben verfallen, als könnte durch revolutionsromantische Spielereien eine „zweite Revo- lution“ gemacht werden. 1848 handelte es sich um die bürgerliche Revolution, der die proletarische als die „zweite Revolution“ folgen sollte. Diese zweite prole- tarische Revolution ist nicht, wie vorübergehend auch Marx und Engels hofften, unmittelbar am 1848 gefolgt, sie brach erst 1918 aus. Im November 1918 hat die „zweite Revolution“ begonnen. Ihre Aufgabe ist es, daß sie nicht von der reaktionären Gegenrevolution er- würgt wird, sondern daß sie vorangeht wird. Es handelt sich also heute nicht um die Herbeiführung einer „zweiten Revolution“. Sie ist schon da seit 1918. Diese Revolution ist in Permanenz, bis sie ihre Aufgabe: Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnnechtschaft, erfüllt hat.

Wenn Legien das erklären würde, könnte daraus wieder ein „Verrat an der Revolution“ gemacht werden. Aber er hätte recht, wie Grüppel damit durchaus recht hat.

Es müssen alle Mittel in Anwendung kommen, auch in den Gewerkschaften die Fälligkeit aller Illusionen zu unterbinden. Neben unablässiger Aufklärung, die mutvoll auch die Früchte zeigen muß, die an dem Baume der neuen Erkenntnis madig sind, ist das Referendum mehr zu praktizieren. In den Zentral- wie in den örtlichen Stufen muß für weittragende Entscheidungen allgemeiner oder lokaler Natur die Zulassung der Urabstimmung aus- gesprochen sein. Das soll belibelle keine Konzession an die Versammlungsschwärmer bedeuten, sondern dem Mehrheits- willen zu richtigerem Ausdruck verhelfen, zumal in ganz großen gewerkschaftlichen Mittelbedschaften die Verlam- mungen gar nicht alle aufzunehmen vermögen. So können wir auch zu einer Gesundung im Gewerkschaftsleben ge- langen, die in diesen Zeitaltern der raschen Tat und der großen Worte überdies stark vorzuziehen ist. Auch des- wegen, damit der Weg in das gelobte Land des Sozialis- mus nicht vorher durch Chaos spekulanten an einer Trümmer- stätte gemacht wird, wie der Militarismus es auf dem imperialistischen „Siegeszuge“ mit Nordfrankreich und Belgien getan hat, wofür wir nun schwer büßen sollen.

Die Faktoren

Vor kurzem beleuchtete an dieser Stelle ein Kollege das Faktorenschicksal, ihre Zukunft, die um unsrer Fa- milien willen tief zu denken gibt und geben muß, sofern wir uns auf den menschlichen Standpunkt zu begeben ge- denken. Des betreffenden Kollegen Ansicht — Anschluß der Faktoren an den Verband — ist eine wirklich auf- gedachte Sache, die zweifellos nicht unüberdacht über- gangen werden darf. Wohl sind seitdem wieder Wochen vergangen, die Sache ist immer noch beim alten.

Ein Vorschlag: Die leitenden Verbandsstellen möchten dahin wirken, daß der erste Anknüpfung von ihrer Seite aus erfolgt! Es würde das am besten dem Ziele näherführen. Es sollte jeder Bau die Faktoren zu einer awanglosen Be- sprechung einladen. Eine Verschiebung in dieser Sache dürfte nicht mehr stattfinden. Bislang war der Faktoren Ziel zweifelslos. Wir Faktoren sind doch zum großen Teil Verbandsmitglieder. Wie vielen denkenden Kollegen fällt es schwer, einer auf leiser Grundlage aufgebauten Organi- sation und einer quall gelben wie dem Faktorenbunde zu- gleich zu dienen. Was hat der Faktorenbund bei der letzten, den Geblissen gewährten Zulage erreicht? Mit Ach und Krach monatlich 10 Mk. mehr als die Geblissen, und zwar noch einen Monat später als die Geblissenchaft. Eine Anfrage soll mir erlaubt werden: Haben denn die Faktoren sich im Monat Mai so wenig Mühe ge- geben, daß ihnen der Anspruch auf den genannten Monat

verlesen ging? Es ist bemerkenswerte Tatsache, daß die Ge- blissen im Monat Mai zusammengerechnet fast durchweg auf das Faktorengelalt gekommen sind, wenn nicht noch höher. Ist das ein Ausgleich zu unsrer Verantwortung? Dabei hat der Geblisse Wochenlohn, der Faktor Monats- gelalt; der Geblisse hat also jährlich vier Wochenlöhne mehr, was nicht zu übersehen ist und zu denken gibt. Sollegen, überleat es auch und dann noch einmal, sodann zieht den Schluß, der da lauten muß: Nur auf einer Seite will ich das Wasser tragen, was die Organisation an- belangt!

Damit soll nicht gesagt werden, daß die Müch nicht mehr erfüllt werden könne; im Gegenteil, wir können dann beweisen, daß wir imstande sind, unsrer Mann selbst zu stellen. Was mögen sich unsre Arbeitgeber darüber denken, und wie werden sie heimlich lächeln, daß wir doppelt organisiert sind, und zwar halb auf Arbeitgeber-, halb auf Arbeitnehmerseite! Die Sache läßt doch tief bilden, und es muß in diesem Punkte jetzt ganze Arbeit gemacht werden. Stellen wir uns voran, und die Buch- binderfaktoren werden den gleichen Weg einschlagen. Verlierer keine Zeit, und wir werden zum Ganzen kommen!

Nun noch einen Fall, der mir zufällig zu Ohren kam, und der ein Faktorenbundsmittglied betrifft. Betreffender Faktor wandte sich in einer Zuschrift an den Faktorenbund um Angabe der derzeitigen Feuerungsulagen. In demselben Schreiben erwähnte der betreffende Faktor, daß er in den letzten einhalb Jahren nicht in den Besitz einer weiteren Feuerungsulage gekommen sei. Welches Gehalt mag wohl derselbe jetzt beziehen? Zum Verbrennen zu wenig und zum Sterben zu viel!

Im übrigen werden heute die Faktoren angeleitet von der Geblissenchaft wegen ihrer Hungerlöhne im Vergleich zu ihrer größtenteils bestehenden Verantwortung. Auf den Titel allein können wir verzichten, denn unsre Frauen und Kinder sollen des Eltes wegen nicht Hunger leiden müssen. Überleat! Handelt! B.

Die Familienzulage

Im nachfolgenden soll eine Angelegenheit zur Sprache gebracht werden, die in den letzten Jahren des Hleren die Gemüter der Buchdruckergeblissen bewegt hat, nämlich die Verschleidenheit der Entlohnung von Verbeiratern und Ledigen. Wer dieser Sache objektiv gegenübersteht, wird ihr eine gewisse Berechtigung nicht abbrechen können, denn es liegt darin ein guter Kern sozialen Verstandnisses. Von den Ledigen unsrer Berufs werden die Unterklasse in den Lohnläsen allerdings als Zurücksetzung und Schö- digung empfunden. Sie machen geltend, daß für gleiche Arbeitsleistung gleicher Lohn verlangt werden müsse. Es wurde sogar behauptet, daß der Unterschied der Klassen des Lebensunterhalts für Verbeirater und Ledige nicht erheblich ist, weil die letzteren in jeder Hinsicht viel mehr der Ausbeutung von allen Seiten ausgesetzt wären.

Diese Behauptung ist natürlich vollkommen hinwüllich. Sie trifft nicht einmal auf ein kinderloses Ehepaar zu, geschweige denn auf eine mehrköpfige Familie. Man braucht nur an Kleidung und Schußzeug für die Kinder zu denken, dann steigen einem Familienvater schon die Haare zu Berge. Etwas anders ist es mit der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit; diese Forderung ist berechtigt. Wie ist nun aber dem Familienvater zu helfen? Auch die Schwaeserliche Schrift über das Problem einer neuen Berufsverteilung für das Deutsche Buchdruckergewerbe — der man übrigens die weiteste Verbreitung und den ent- merksamsten Leserkreis wünschen möchte — gibt darauf keine Antwort.

Wenn man dieser Frage nähertrifft, dann kommt man zu der Feststellung: Das größte Interesse an der Erhal- tung nicht nur, sondern auch der Zunahme einer gesunden, kräftigen Bevölkerung hat der Staat. Nicht nur der Militärstaat von früher, der möglichst viel kräftige Unter- tanen für einen bestimmten Zweck wünschte, sondern auch der soziale Friedensstaat, dem die Arbeit aller Volks- genossen erst wieder Gesundheit bringen soll. Nun hat man ja bisher schon dem Familienvater eine kleine Er- leichtening verschafft durch einen Ablass von der Ein- kommensteuer bei Kinderreichum. Allein diese Erleich- terung war in den meisten Fällen zu geringfügig, daß sie kaum ins Gewicht fiel, außerdem wurde sie von jedem Bundesstaate willkürlich geregelt. Erkennt man es für richtig an, daß der Staat den größten Vorteil von dem Wachstum einer arbeitsfähigen, gesunden, kräftigen Be- völkerung hat, so ergibt sich daraus für den Staat die Ver- pflichtung, kinderreichen Familien ganz be- sonders eine Rücksichtnahme zuzuwenden und dem Er- nährer einer Familie, je nach Stärke derselben, den An- spruch auf einen Zuschuß aus Staatsmitteln zuzubilligen; ganz gleichgültig, ob der Familienvater in einem soziali- sieren oder in einem privatkapitalistischen Betriebe ar- beitet.

Vom Arbeitgeber ist nicht unter allen Umständen zu verlangen, daß er für den Kinderreichtum der von ihm Beschäftigten aufkommt, er hat ja kein unmittelbares Interesse daran. Die von ihm zu erlangenden Kinder- zulagen würden zudem viel zu gering sein, das haben wie Buchdrucker ja während der Kriegszeit erfahren — und dabei erregten diese niedrigen Sonderzulagen zum „Durch- halten“ bei den Ledigen schon böses Blut! Außerdem würden ohne Zweifel solche Zwangsbestimmungen für die Unternehmer den Anreiz bilden, möglichst viel Ledige ein- zustellen und Verheiratete abzulieben.

Wer nun der Meinung ist, daß es doch wohl zuviel sein würde, was dem Staate durch diese Ansetzung auf- gebürdet werden soll — neben der Arbeitslosenulage, der verbesserten Invaliden- und Altersversicherung auch noch Zuschüsse für versorgungsberechtigte Familienmit-

gieder —, den möchte ich doch darauf hinweisen, daß für den Militarismus bisher viele Millionen aufgewendet worden sind, von denen ein Teil, der sich hiergegen beschließen ausnehmen würde, nach meiner Meinung in der hier vorgeschlagenen Weise weit nutzbringender und segensreicher angelegt werden könnte — zum Besten der Volkswohlfahrt!
G. S.

Verheiratete — Ledige!

Eine „Errungenschaft“ der Kriegsepoche, die Teilung der Geschiltschaft in Verheiratete und Ledige, ist ein Punkt, der bei der Tarifauschüttung Ende August aus der Welt geschafft werden muß. Es ist unerhöht, daß so etwas bei uns Buchdruckern vorkommt. In der Arbeitsleistung werden zwar keine Unterschiede gemacht (auch nicht gern gesehen), nur in der Bezahlung. Und wie ist es mit den Beiträgen? Da muß der Ledige ebensoviel zahlen wie der Verheiratete. Gleiche Pflichten, gleiche Rechte!

Ich habe in erster Linie die Ledigen mit einem Haushalt im Auge, die mit Mutter, Schwester und dergleichen zusammen wohnen und der alleinige Ernährer sind. Aber auch die jungen Ledigen werden, hauptsächlich wenn sie bei Fremden in „Pflege“ sind, gedrückt nach allen Regeln der Kunst! Es ist lächerlich, daß Verheiratete ohne Kinder einem vorerwähnten Ledigen in der Bezahlung, hier am Orte z. B. mit 3 bis 3,50 Mk., voraus sind. Mit welchem Rechte? Daß die sogenannten Kindergehälter, wo sie gezahlt werden, am Platze sind, halte ich in der Ordnung. Aber die Zweiteilung in Verheiratete und Ledige ist verfehlt, darum — fort damit! Wir haben schon an dem Stoffe genug.
Königsberg i. Pr. Fr. P.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Oberswalde. Die diesjährige Bezirksversammlung fand am 15. Juni hier statt. Es waren 74 Kollegen aus neun Druckereien erschienen. Vorsitzender Rudolph blieb alle Erschienenen, besonders die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen, willkommen. Der im letzten Jahre Fallenen und Verstorbenen wurde in ehrender Weise gedacht. Der Kassenbericht lag gedruckt vor; Einwendungen wurden nicht erhoben. In den nun folgenden Vortrag unseres Gauvorsitzers Hannack: „Die Lage im Buchdruckergewerbe unter Berücksichtigung der letzten Tarifverhandlungen“, schloß sich eine recht lebhafte und ausgedehnte Diskussion. Die Berichterstaltung aus den einzelnen Druckereien ergab, daß die letzten tariflichen Zulagen überall bezahlt werden, teilweise auch darüber hinaus. Die Remuneration für den Bezirksvorstand wurde auf 2/3 Proz. erhöht. Die nächste Bezirksversammlung findet in Angermünde statt.

Göbesberg a. Rh. Nimmehr ist auch hier ein Ortsverein gegründet worden, der 13 Mitglieder zählt; nur ein Kollege sieht dem Verbands noch fern. Als Vorsitzender wurde Kollege Franz Lindner, wohnhaft Annaberger Straße 109, gewählt. Ein jahrelang geheimer Wunsch der hiesigen Kollegen ist mit der Gründung des Ortsvereins in Erfüllung gegangen.

Seiligenfeld. Nachdem der ungeliebte Krieg ein Ende erreicht hat und sämtliche ausgezogenen Kollegen heimgekehrt sind, veranstaltete die Geschäftsleitung der „Seiligenfelder Zeitung“ G. m. b. H. anlässlich ihres 25jährigen Bestehens im Jahre 1917 nachträglich als Jubiläumstest ein Sommerfest für ihr gesamtes Personal. Nach kurzer Bahnfahrt nach dem herrlich am Frischen Haß gelegenen Ausflugsorte Balger wurde in einem dortigen Lokale das Mittagbrot eingenommen. Gesellschaftsspiele, Verlosung, Kaffee mit Bergen von Kuchen sowie ein Köstchen ließen gar zu schnell die kurzen Stunden des Frohstuns verstreichen. Sämtliche Kosten der Veranstaltung wurden von der Geschäftsleitung getragen.

Jimena. Unsere letzte Versammlung sprach den Wunsch aus, daß bei den jetzt kommenden Beratungen des Tarifauschusses in der Veränderung der Lokalzuschläge vor allem die kleineren Orte mit einem Lokalzuschlag bedacht werden möchten, der ihren Lebensverhältnissen entspricht. Es ist festzustellen, daß hier die Lebensverhältnisse vielfach schwerer sind als in verkehrten Großstädten. Es sollte also diesen Orten ein ihren Verhältnissen entsprechender Lokalzuschlag gewährt werden.

Leipzig. (Schriftliche.) Die starkbedachte Versammlung am 7. Juli ehrte das Andenken zweier verstorbenen Kollegen in üblicher Weise. Der beiderseitige Schriftwechsel betreffs Kündigung des Tarifs wurde bekanntgegeben. Die von sämtlichen Parteien und dem Gauvorkand eingeleiteten Bestrebungen für die Einheitslichkeit und den Ausbau der ferneren Bildungsmöglichkeiten auf beruflichem und andern Gebieten wurden von der Versammlung gutgeheißen. Hauptsächlich die jüngeren Kollegen mögen sich an den in Aussicht genommenen Vorträgen, Kursen usw. beteiligen. Eine recht lebhafte, teilweise erregte Aussprache fand über den Bericht die Fertigung betreffend statt. In abschließender Weise wurde das Verhalten der hiesigen Prinzipale in der Urlaubsbewilligung kritisiert. Es sei eine starke Zumutung an die Beihilfen, für diese sechs Tage Urlaubsgewährung als Gegenleistung Überstunden zu verlangen. Diese Sonderstellung der Leipziger Schriftleiterinhaber mußte endlich einmal beseitigt werden. Einmütig wurde folgende Entschließung angenommen: „Die heutige, überaus stark bedachte Versammlung lehnt das äußerst geringe Zugeständnis der Herren Prinzipale in der Urlaubsgewährung ab. Ins-

besondere, da in den andern Städten die Prinzipale weit mehr Entgegenkommen und soziales Verständnis in dieser Sache gezeigt hat. Die Ausnahmebestellung, welche die Leipziger Schriftleiter in der Ferienfrage unter den deutschen Schriftleitern einnehmen sollen, weist die Versammlung energig zurück und fordert Gleichstellung mit den übrigen deutschen Städten. Zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit ist dieselbe an den hiesigen Schlichtungsausschuss zu verweisen.“ Eine nicht minder rege Aussprache erfolgte noch über die derzeitige Entlohnung in den hiesigen Verlagen. Alle Redner waren einhellig der Ansicht, daß die jetzigen Löhne den Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechen und vollständig ungenügend sind. Einmütig wurde beschlossen, unter Fortfall aller Einschränkungen einen Aufschlag von 135 Proz. sowie für die im gewissen Grade lebenden Beihilfen einen Wochenlohn von 110 Mk. zu fordern. Der Vorstand wurde beauftragt, sofort die nötigen Schritte einzuleiten.

Leipzig. (Schriftliche.) — (Tarifbewegung.) Kollege Otto Arnold eröffnete die außerordentlich stark besuchte Agitationsversammlung am 17. Juli. Recht erfreulich wäre es zu nennen, daß so viele Kollegen bezeugen, gewillt zu sein, intensiveren Anteil zu nehmen an der Gestaltung ihres Berufslebens. Kollege Br. Seife referierte sodann über das Thema: „Was tut uns now?“ Der Referent schilderte in beredten Worten den bisherigen Gang in unserm Berufs- und Organisationsangelegenheiten. Ausgehend von der Vergangenheit, über die Gegenwart hinweg, ausblickend in die Zukunft, zeigte er den Kollegen, was die Ursache unserer früheren schlechten Lage war. Mit scharfen Worten gelte er die Zeit des sogenannten Künstlerfolges, der parallel mit der größten Schmutzkonkurrenz ging. Durch uferlose Überstundenarbeit und durch die alles zerschende Heimarbeit brachten die damaligen Kollegen das Schriftleiterngewerbe völlig ins Glend. Heute könne diese traurige Zeit als überwunden gelten. In Hand von Beweisen führte der Referent den Kollegen vor Augen, daß nur durch die Organisation eine Hebung des Arbeitsstandes möglich sei. Wenn sich die Kollegen geschlossen in der Vereinnigung organisieren, dann werde es nicht mehr fern sein, wo auch wir Schriftleiter Leipzig, gestützt auf den Verband, zu einem Tarif kommen. Stehen die Kollegen zusammen, dann werde ein Erfolg der eingeleiteten Tarifverhandlungen auch nicht ausbleiben. Nach dem Referat fand eine kurze Diskussion über unsern Tarifentwurf statt. Derselbe wurde allseitig gutgeheißen, und alle Anwesenden sprachen für eine rasche Durchführung der kommenden Verhandlungen. Am Schluß erklärten drei Kollegen ihren Eintritt in den Verband und insgesamt sechs Kollegen traten der Sparte bei. Ein guter Ausblick für die Zukunft! Nachdem noch vier Kollegen zu der Tarifkommission gewählt wurden, schloß Kollege Otto Arnold die prächtig verlaufene Versammlung.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Buchdrucker im Arbeiterrat. In Hamburg sind die Buchdrucker im Arbeiterrat durch die Kollegen Pieczah, Runge und Thorbauer vertreten.

Meisterprüfung. In Offenbach bestanden der Seher Wlb. Seich und der Maschinenleiter Karl Man die Meisterprüfung. — In Bad Dürkheim bestand ein Buchdruckerhepaar gemeinsam die Meisterprüfung, und zwar der Mann als Maschinenmeister und die Frau als Damen-schneiderin.

Vorsicht bei Stellungannahme in Norwegen! Die Norwegische Zentralvereinigung für Buchdrucker ersucht um einen Bekanntheitsgrad folgender Mitteilung: „In letzter Zeit mehren sich die Anfragen von arbeitslosen Kollegen, weshalb wir mitteilen wollen, daß die Geschäfte wohl gut gehen, aber die Wohnungsnot so groß ist, daß selbst Norweger kein Unterkommen finden können. Bei Engagements empfiehlt es sich deshalb, von der betreffenden Firma zu verlangen, daß sie für Logis bafelt, sonst riskiert man auszuweichen zu werden.“

Vorsicht bei Neugründung von Konsumvereinen. Bei Neugründungen von Konsumvereinen ist äußerste Vorsicht und genaue Prüfung der Verhältnisse geboten. Überstürzte Gründungen haben allzuoft zum Gegenteil des Erstrebten geführt. Die Sekretariate der Konsumgenossenschaftsverbände sind die berufenen Berater in allen Verbraucherangelegenheiten. deren Adressen sind für sämtliche Verbände durch den Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg zu erfahren.

Differenzen in einer „konstitutionellen Fabrik“. Wie wir der „Deutschen Arbeiterzeitung“ vom 27. Juli dieses Jahres entnehmen, ist in den Zeitschriften Werken in Jena zwischen Arbeiterschaft und Werkleitung in letzter Zeit ein Konflikt ausgebrochen. Die genannte Unternehmung berichtet darüber u. a. folgendes: „... Die Zeitschriften sind beherrschend eine Schöpfung des als Gelehrter wie als Menschenfreund gleich großen Ernst Abbe, der sein Werk in durchaus sozialistischem Sinne testamentarisch als Stiftung für die Allgemeinheit hinterließ unter Anordnung eines weitgehenden Mitbestimmungsrechts und einer erheblichen Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer. Trotzdem die Stiftung schon seit Jahrzehnten (seit 1891) besteht, die Arbeiter also hinreichend Zeit gehabt hätten, sich als „Genossen“ des Volkes zu fühlen und zu werben, drohten sie jetzt mit Streik und passiver Resistenz, wenn nicht ihrem Verlangen nach Errichtung eines Betriebsrats, also einer Arbeiterdiktatur, Rechnung getragen wird.“ Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ bringt diese Mitteilung ihrem Leserkreis unter der Stichmarke „Streik in sozia-

lerischen Betrieben“ zur Kenntnis. Daß wir es aber bei den Zeitschriften gar nicht mit einem sozialisierten Betriebe zu tun haben, sondern nur mit einem „konstitutionellen Fabrikbetriebe“, bewies doch gerade die Ursache dieses Konflikts, der nur darauf zurückzuführen ist, daß die Werkleitung ein demokratisches, d. h. gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft ihres Betriebes nicht anerkennen will. Jedenfalls haben die Arbeiter der Zeitschriften alle Ursache, zu verlangen, daß ein Betriebsrat errichtet wird, der die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber der „konstitutionellen“ Werkleitung besser als die bisherige Vertretung der Arbeiterschaft geltend machen kann. Wenn die „Arbeiterzeitung“ schon in der Errichtung von Betriebsräten die Errichtung einer „Arbeiterdiktatur“ erblickt, so wird man wohl der Ansicht sein dürfen, daß dort, wo kein Betriebsrat besteht, eben eine Arbeiterdiktatur vorhanden ist. Bekanntlich sind aber in den Zeitschriften viele Hunderte von Arbeitern beschäftigt, die alle bisher unter der Diktatur der Werkleitung gestanden haben. Und da entsteht nun die Frage, welche Diktatur ist demokratischer? Ist es die von nur wenigen Köpfen der Werkleitung, die allem Anscheine nach im Zeitschriften die Interessen der Arbeiterschaft so wenig berücksichtigt wie die der „Allgemeinheit“, oder jene des Betriebsrats als Vertrauensinstanz von vielen hundert Arbeitern? Man sieht, es ist ein eigenartiges Ding mit dem Begriffe der „Sozialisierung“. Die Diktatur von einigen tausend „Großkonzern“ der bewährten Wirtschaftsordnung als Vertretung des Unternehmertums oder der Geldinteressen ist im Gedankengange dieser Gelehrter keine Diktatur, aber die Betriebsräte als die Vertretung von hundert- und tausendfach mehr menschlichen Arbeitskräften, das ist Diktatur in Reinkultur! Eine solche Sozialisation über die Begriffe Diktatur, Sozialisierung und konstitutionelle Fabrik dürfte wohl in Unternehmertumskreisen kaum noch zu überreifen sein, obwohl deren geistige Überlegenheit angeblich unbestritten sein soll.

Die Lohnentwicklung in der deutschen Metallindustrie. Die Geschäftsjahre der acht großen Eisen- und Stahlbetriebsgenossenschaften weisen für die letzten Jahre folgende Entwicklung der Lohnausgaben der Metallindustrie nach:

Jahr	Gesamtsumme der Löhne	Zahl der Arbeiter	Durchschnittslohn
1907	1494 Mill. Mk.	1200269	1245 Mk.
1910	1555 „ „	1229871	1265 „
1913	2062 „ „	1459091	1413 „
1915	1840 „ „	1179562	1560 „
1916	2382 „ „	1364024	1747 „
1917	3724 „ „	1701605	2188 „
1918	4465 „ „	1700000	2600 „

Die Ziffern zeigen eine ständige Entwicklung nach aufwärts. Der Kriegsausbruch brachte zunächst einen Rückschlag. Die Löhne haben sich zwischen 1913 und 1918 fast verdoppelt; dabei ist zu beachten, daß es sich um Durchschnittslöhne aller Arbeiter einschließlich der weiblichen handelt, und daß die letzteren seit Kriegsausbruch ständig zugenommen haben, wodurch der Durchschnitt der Löhne sehr herabgedrückt wurde. Bei den angegebenen Ziffern handelt es sich aber um die Löhne für Vollarbeiter. Unter einem solchen versteht man 300 Arbeitstage. Am höchsten sind die Löhne bei der Stillen- und Walzwerksbetriebsgenossenschaft mit etwa 3218 Mk. für den Vollarbeiter im Jahre 1918. Am niedrigsten sind sie bei der schlesischen Eisen- und Stahlbetriebsgenossenschaft mit 2046 Mk. Die Zahl der Betriebe hat sich in den letzten Jahren so gut wie gar nicht verändert.

Arbeitsleistung und Lohn im neuen Rußland. Der Betriebsausschuß für die nationalisierten Betriebe in Petersburg hat nach einem Berichte der „Sozialen Praxis“ (Nr. 43) einen Aufruf erlassen, worin zur Erhöhung des russischen Wohlstandes und der Produktionsfähigkeit der Arbeit folgende Anordnungen verhandelt werden: „Am die Arbeitsdisziplin zu erreichen und die üblichen Beschuldigungen der ganzen Arbeitsgemeinschaft zu vermeiden, wird von jetzt ab eine genaue Berechnung der Arbeitsleistungen der einzelnen Arbeiter sowie der Abstellungen vorgenommen werden. Hiermit verhandeln wir, daß künftig jeder Arbeiter und Angestellte, der die ihm gesetzte Norm nicht erreicht oder die Arbeitsdisziplin verfehlt, in eine niedrigere Kategorie überführt oder ganz von der Fabrik ausgeschlossen wird. Andererseits werden Arbeiter und Angestellte, welche sich durch besondere Güte ihrer Arbeitsleistungen auszeichnen, in höhere Kategorien überführt werden... Wir hoffen, daß die reifen Arbeiter in diesem Sinn auf die Fabrikjugend einwirken, die Erfahrungen auf die Inerfahrenen und die sich ihrer Verantwortung Bewußt sein auf die Reichhaltigen.“ — Aber die jetzigen Arbeitslöhne in Sowjet-Rußland bringt zu gleicher Zeit der „Sozialen Praxis“ folgende Mitteilung: Vom Arbeitskommissar sind 27 Arbeiterkategorien festgelegt worden. Die Löhne schwanken zwischen 370 und 3000 Rbl. monatlich. Anfänger und Beihilfen erhalten 370 Rbl. Nach sechs Monaten steigt ihr Lohn auf 480 und nach einem Jahr auf 600 Rbl. monatlich. Die Geübten erhalten ein höheres Gehalt als die Arbeiter. Journalisten werden mit 800 Rbl. bezahlt, Hilfsbibliothekare mit 980, Techniker in Laboratorien mit 850 Rbl. usw. Die höchsten Gehälter erhalten die Beamten der Sowjetregierung, Bureau- und Staatsvorsteher u. ähnl. Der Verwalter eines nationalisierten Unternehmens mit weniger als 20 Arbeitern erhält 1020 Rubel monatlich, Gerichtskenographen 1200, Kontrollreue 1510, Angestellte von Kommissariaten 1840, höhere Angestellte 2200, industrielle Sachverständige 2100—3000 Rbl. monatlich.

Amerikanisches Bräunensystem. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ verzeichnet mit einer gewissen emp-

folgenden Geist: ein Beispiel, wie amerikanische Firmen den neueren Schwierigkeiten in der Arbeiterfrage angeblich zu begegnen wüßten. Man kann da folgendes lesen: „Die Arbeiterfrage, die zu allen Zeiten in den Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle in dem Produktionsgange der Betriebe gespielt hat, drohte infolge der Entwicklung des Krieges, als sich die Anwerbung für die Armeen in immer größerer Umfang bemerkbar machte, sehr föhrend für das industrielle Leben zu werden. Die einzelnen Betriebe haben mit allen Mitteln versucht, neue Hilfskräfte heranzuziehen und die bereits angelegenen Arbeiter nach Möglichkeit an das Werk zu fesseln. Die Bullard Co. in Bridgeport mußte ihren Arbeiterstamm von 250 auf über 1400 vergrößern, um die dringenden Seeresaufträge in der erforderlichen Frist ausführen zu können. Um nun die besten Arbeiter heranzuziehen und auch zu behalten, benutzte diese Gesellschaft nicht nur ein hohes Lohnsystem, sondern sie hat außerdem eine Produktionsprämie, eine Prämie für regelmäßige Arbeiten und eine Versicherung eingeführt. Die gesamte Arbeiterschaft ist in verschiedene Klassen, je nach dem Grundlohn, eingeteilt. So sind beispielsweise die gelernten Schlosser in vier Kategorien eingeteilt, nach dem Stundenlohn von 1,60 bis 2,20 Mk. Die Lehrlinge und die ungelernen Arbeiter erhalten 0,80 bis 1,20 Mk. Es sind dies nur Grundlöhne, zu denen dann noch die verschiedenen Prämien kommen. Die Produktionsprämie wird seit dem 1. November 1916 den Arbeitern ausgezahlt, die mehr als die auf Grund von sorgfältigen Ermittlungen festgelegte Arbeit leisten. Der Arbeiter hat Anspruch auf die Prämie, wenn er mehr als 75 Proz. der Leistung erreicht, bei 76 Proz. beträgt die Prämie 1 Proz. des Lohnes, bei 77 Proz. 2 Proz. usw. Um je ein weiteres Prozent, um das die Leistung steigt, steigt auch die Prämie. Eine zweite Prämie wird den Arbeitern ausgezahlt, die ununterbrochen, ohne eine Schicht zu fehlen, arbeiten. Was die Versicherung betrifft, so ist sie nach Richtlinien aufgestellt, die die Arbeiter, die dafür in Betracht kommen, durch immer höhere Einsätze an den Betrieb fesseln sollen. Anspruch auf diese Versicherung haben die Arbeiter erst nach einem Jahre. Das Maximum der durch diese Versicherung gewährten Rente wird erst nach einer Reihe von Jahren erreicht, so daß es im Interesse der Arbeiter selbst liegt, diese ganze Zeit im Dienste derselben

Firma zu bleiben, um voll in den Besitz der Vergünstigung zu gelangen.“ Das dieses Systems die Arbeiterschaft auch tatsächlich befriedigt, wird allerdings nicht gesagt. Ebenso wenig darüber, von welcher Seite „die sorgfältigen Ermittlungen“ bezüglich der innersten Leistungsgrößen vorgenommen werden. Jedenfalls dürfte dieses Prämiensystem eine sehr bedenkliche Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiterschaft darstellen, da erst nach entsprechender Schulung und vor allen Dingen erst nach einer erheblichen Reihe von Dienstjahren in dem betreffenden Betriebe wirklich fühlbare materielle Vorteile von der „prämierten“ Tätigkeit zu erlangen sind.

Briefkasten

A. G. in B.: Erhalten, es wird ein Sonderwaggon des Gewandlens an den Zug gekauft werden. — **H. B. und C. G. in B.:** Gung erst ein, als an der Zeit. — **G. in B.:** Ja, das demnachst! Die Arbeiterschaft in immer größerer Schwierigkeiten demal, wenn nicht der Gewandlens soll allgemein mit Ansporn und schärferer Zucht. In Leipzig ist auch. — **H. B. in B.:** Der w. aus der Verbands... und man aber das heutige Durchlaufen, das nicht so leicht mehr vor uns vorläufige „natürliche“ zu kopieren vermag wird, so ganz folgerichtigen Schritten. Es ist nur schlimm, das heißt, die historische Schulung von vielen so geringfügig lehrte wird. Das Chaos in der Arbeiterbewegung leidet sich zum Teil auch daraus her. — **H. A. in B.:** Eine halbare Bewandlungsart kann in diesem Falle nur durch das zukünftige Bewandlungsrecht geändert festgestellt werden. Zu einem Abzug vom Lohn ist die Firma nur mit Zustimmung dieser Instanz berechtigt: wo L. weislich aber die Botschaft unter den geschiedenen Umständen sehr stark. — **H. M. in B.:** 2,70 Mk. — **H. A. in B.:** 8,50 Mk.

Verchiedene Eingänge

„Archiv für Buchgewerbe.“ Begründet von Alexander Wadow. Herausgegeben vom Deutschen Buchgewerbeverein. 56. Band. Heft 5 & 6. 20 Mk. Jahrgang 1918. Eingekauft 2,50 Mk., Doppelheft 5 Mk. Das Jahrbuch 1918, von der Spamerischen Buchdruckerei in wirklich geschmackvoller Weise gefasst, die Anordnung der Zugramme. Zu einem Jubiläumserwerb! Scherle und Gelede sind acht Bälgen mit Beispielen hervorragender Schreiterzeugnisse dieser Gattung eingekauft. Mühselstellige Vorlagen moderner Geschäftsdrucke sowie sonstige wirkungsvolle Beispiele und Muster guter Druckerarbeiten tragen dazu bei, das Best zu einem außerer wertvollen zu machen. Aus dem fertigen Teile haben wir besonders den Aufsatz „Das Buch als Werk des Buchdruckers“, II. Papierformat und Schriftform, hervor. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig, Politzstraße 1.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Gammelsplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Leipzig. Das Verbandsbuch des Echters Bruno Hartmann (Hauptbuchnummer 19275, Gau Leipzig 41) ist abhanden gekommen, es wurde ein neues Buch (Gau Leipzig 4748) ausgestellt. Das erstere wird hiermit für ungültig erklärt und wollen die verehr. Funktionäre dasselbe bei Vorkommen annehmen und nach Brüderstraße 9 I einsenden.

Adressenveränderungen

Saarbrücken. (Bezirk.) Vorsitzender: Ludwig Reuland, Corbystraße 18.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelieferte Adresse.)
Im Gau in der Saale der Echter Robert Gude, geb. in Liebenhof I. Epl. 1872, ausgal. in Bad Saarow I. Epl. — 50 3 Sühlig in Halle a. d. S., St. Mousstraße 7 II.

Berammlungskalender

Breslau. Außerordentliche Generalversammlung Sonntag, den 17. August, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Wahlh. burg“, Neubrück abt.
— **Frauenvereinsversammlung** Mittwoch, den 6. August, abends 7 Uhr, im „Goldenen Lachs“.
Merseburg. Versammlung Sonnabend, den 2. August, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur guten Quelle“, Saalstraße.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Stimmungen und Regungen haben und drüben. Die Faktoren. — Die Familienzulage. — Derberatele — Wedel Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis: Berufsgemeinschaft oder konstitutionelle Fabrik? 111.
Korrespondenzen: Oberswalde. — Godesberg. — Selligenbell. — Tümmen. — Leipzig (Ehr.). — Leipzig (Ehr.).
Rundschau: Buchdrucker im Arbeiter. — Messerprüfung. — Vorläufige Statistik der Buchdruckerei. — Die Buchdruckerei in der Gründung von Konsumvereinen. — Ziergarten in einer „konstitutionellen Fabrik“. — Die Lohnkalkulation in der deutschen Metallindustrie. — Arbeitslosigkeit und L. in dem neuen Ausland. — Amerikanisches Prämiensystem.

(Merzu Eine Belage.)

Einem können, aber doch sicheren Weg zur wirtschaftlichen Freiheit und zur Freude an der Arbeit auf der Grundlage einer praktischen Verbindung der Aufgaben des Arbeitstages mit allen wirtschaftlichen Organisationen der einzelnen Gewerbe zeigt

Das Problem einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe

von Karl Schaeffer

für alle praktische denkende Arbeiter, insbesondere aber für uns Buchdrucker. Das Problem umfaßt eine bisher unberührte zeitgemäße Darstellung wichtiger Grundfragen des revolutionären Kampfes ums Dasein im Sinne eines nicht nur theoretischen, sondern wahrhaft praktischen Sozialismus. Eine gründliche Erhellung der Gedanken dieser Schrift durch jeden einzelnen Kopf- oder Standarbeiter vertritt den sicheren Sieg der Menschheit über die materialistische Schaverei der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Zu beziehen ist diese vom Unternehmerium sehr bekämpfte, nach kurzer Zeit aber schon in zweiter Auflage erschienene Schrift zum Preise von 70 Pf., durch den

Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften

Leipzig, Salomonstraße 8. Postfachkonto Nr. 53430.

Wichtigste, zuverlässige

Linotypsetzer

der den Mechanismus der Maschine vollkommen beherrscht und Störungen selbstständig beseitigen kann, für möglichst sofort in Dauerstellung gesucht. Angebote mit näheren Angaben unter Nr. 244 an die Geschäftsstelle d. B.

Rotationsmaschine

für Setzungsdruck, möglichst mit Apparaten, zu kaufen gesucht. Eventuelle Vermittlung erbeten. Angebote unter Nr. 239 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wichtigste, zuverlässige

Kompletteier für Fouchermaschine

Type I und II sowie für Schnellsetzmaschine Willger und
wichtigste, zuverlässige Köhefräser
sowie in dauernde Stellung gesucht. Baurische Werke, Frankfurt a. M.

Wichtigste, älterer

Rotationsmaschinenmeister

der auch mit besseren Flachdruckarbeiten vertraut ist, sowie ein

Schweizerdegen

sowie in dauernde Stellung gesucht. G. & H. Lemming, Wocholl I. W.

Wichtigste

Handmaschinengießer

für Schweiß-, Zugs- und Abzieharbeiten sucht in dauernde Stellung. Baurische Werke, Frankfurt a. M.

Mehrere

Schriftsetzer

zu sofortigem Eintritt für dauernd gesucht. Die Weiser, Schiffsplatz 1, Stuttgart.

Strebsamer

Schriftsetzer

für Abzieh- und Ankerate, 24 Jahre alt, sucht für Anfang Oktober Dauerstellung in hiesiger Zeitung in Westdeutschland, wo möglichst die Palet eventuell zu teilen. Am Umbruch erfahren. H. Supper, Albin-Chaussee, Reolstraße 68 II.

Linotypsetzer

guter Maschinenkennner, stiller Arbeiter, mit mehrjähriger Praxis, verheiratet, sucht dauernde, angenehme Stellung.

gleich wohin

für bald oder später. Offerten mit näheren Angaben erbeten unter Nr. 258 an die Geschäftsstelle d. B.

Junger Schriftsetzer

vom Militär entlassen, sucht zwecks weiterer Ausbildung Stellg., ganz gleich wo. Ang. unter M 250 an die Geschäftsstelle d. B.

Egal wohin! Junger Geher

sucht sofort Stellung. Off. Angebote unter E 251 an die Geschäftsstelle d. B.

Wo und Wie

kann Junger Geher, aus dem Freie jurist. Vorlesung oder Typograph erlernen? Ang. unter W 252 an die Geschäftsstelle d. B.

Schriftsetzer

38 Jahre alt, verheiratet, früher mehrere Jahre Metzger, wünscht sich nach Mannheim zu verandern. Off. Stellen an G. Frauger, Mannheim, G. Merzellstraße 3.

Maschinenmeister

18 Jahre alt, ausgebildet in Abzieh- und Werkh., Malten- und Illustrationsdruck, sucht Stellung, auch auswärtig. Angebote unter Nr. 168 Hauptpostl. Stuttgart.

Schweizerdegen

oder

Rotationsmaschinenmeister

sucht Stellung. Angebote an [249] Johannes Schnorrbusch, Zwickau I. S., Kurze Straße 8.

Galvanoplastiker

(Stiegeltelnehmer), 25 Jahre alt, sucht dauernde Stellung, Zeugnisse sind vorhanden. Offerten erbeten an [247] S. Müller, Galvanoplastiker, Bietsgheim (Württ.), Hauptstraße 50.

Neu erscheinene Broschüre!

Die Hochdruckgravüre neue Gr.-Kunst der Buchdruckerei, von H. Schirmer, Leipzig, 1918, 128 S., 1,50 Mk. — **Die Flachdruckerei** von H. Schirmer, Leipzig, 1918, 128 S., 1,50 Mk. — **Die Buchdruckerei** von H. Schirmer, Leipzig, 1918, 128 S., 1,50 Mk. — **Die Schriftsetzerei** von H. Schirmer, Leipzig, 1918, 128 S., 1,50 Mk. — **Die Buchbinderkunst** von H. Schirmer, Leipzig, 1918, 128 S., 1,50 Mk. — **Die Buchdruckerei** von H. Schirmer, Leipzig, 1918, 128 S., 1,50 Mk. — **Die Schriftsetzerei** von H. Schirmer, Leipzig, 1918, 128 S., 1,50 Mk. — **Die Buchbinderkunst** von H. Schirmer, Leipzig, 1918, 128 S., 1,50 Mk.

Fehlerbuch von E. v. Coelln

Samml. v. Sprachschilern, portofr. 1,75 Mk., n. und. gute Fachbücher f. Korrektoren. Neue Preisliste auf Anfrage kostenlos. Die Preisliste auf Anfrage in B. d. B. Leipzig, Salomonstr. 8, Postf. 53430.

Maschinenband

Friedensqualität, liefern [177] Begner & Moll, Düsseldorf.

Gesucht gebrauchte kleine, doch gut erhaltene

Bostonpresse

Angebote mit Preis unter Nr. 227 an die Geschäftsstelle d. B.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Aufnahmestelle durch die

Waren.

Lehrer für Berufsbildung.



empfehlen [60] Arno Chold, Bera (A.).

Ein- und mehrfarbige

Akzidenzen

Arbeiten aus der Praxis als Mustervorlagen für Geher und Drucker in bew. Apparat-Aufmachung
Neul. Karte 7: Verschiedene Akzidenzen (2. Folge)
W. Piepenzschneider, Buchdr. Trauschweiz, Reichstr. 31
Prospekt frei

Stenographie

(Cabelsberger) lehrt brieffich [234] Leipzig-Wahren, Am Bahnhof 20, monatlich nur 5 Mk., Dauer 2 Monate.

Maschinenververeinigung

im Gau Dresden

Sonntag, den 19. August:

Familienausflug

nach Tharand, so Harz an Raus, Koffes nach, S. Kurpark, Bad. Bora, Jell. Grund, gegen 5 Uhr Abreise nach Tharand (Schulhaus), Abfahrts 12,05 Uhr vom Hauptbahnhof (45 Pf. 4. Kl.). Fahrkarte möglichst 1 Epl. vorher lösen.

Dresdner Buchdrucker

Seitangewerein

Wichtig! Dienstag, 5. August, abends 8 Uhr, im „Kaubachhof“, Aulbachstraße 23;

Wiederbeginn der Eingekunden

Abgaben für die Ausführung am 21. September im „Gartenbau“. Es ist unbedingt Pflicht eines jeden Sanges zu, von nun an pünktlich zu erscheinen. Sangesmitglieder, denen daraus gelegen, daß Dresden wieder einen leistungsfähigen Kollegenangehörigen erhält, werden zum Beitritt eingeladen. Anmeldungen und Ausnahmen in jeder Eingekunden [213]

Wie soll ich zurichten?

Ein Leitfaden z. Aufbau der Juristik in allen Richtungen auf Einzelpresse u. Regel, 112 S., 22 Bbb., 20 Kal. a. Kunstbr., geb. postfr. 2,15 Mk.; ferner Der Buchdrucker am „U-B-Z“ Ein Leitgeber z. Einstellung des Unterhaltungsleiters auf alle Papierarten; 93 S., 112 S., 22 Bbb., geb. postfr. 1,55 Mk. postfr. geg. Voreinsendung. Off. Nachr. v. Verh. M. Naudt, Stuttgart, Ludwigstraße 20.

Am 28. Juli verschied nach längerem Leiden unser werter Mitglied, der Geherinvalide

Sugo Täsche

aus Oberglogau, im 59. Lebensjahre. Er war ein treues Mitglied unserer Organisation, der er über 40 Jahre angehörte. Ehre seinem Andenken! Ortsverein Breslau.

Am 26. Juli verschied nach sechsmonatigem Leiden unser Kollege, der Schriftsetzer

Georg Reincke

im fast vollendeten 64. Lebensjahre. Der Entschlafene blühte auf eine 22jährige Tätigkeit als Schriftführer der Zentralkommission zurück und gehörte 29 Jahre fast ununterbrochen dem hiesigen Vorstand an. Wir verlieren in ihm einen der Besten und Tätigsten in der Organisation! Sein ruhiges und beherrschendes Wirken sichert ihm ein dauerndes Andenken bei der Berliner sowie der deutschen Kollegenchaft.

Verein der in Schriftsetzereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Die Zentralkommission der Schriftsetzer Deutschlands. Das Personal der Schriftsetzerei W. Wellmer.

Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis

Berufsgemeinschaft oder konstitutionelle Fabrik?

III.

In die beiden vorausgegangenen Nachprüfungen der Kritik des Herrn Thomas Memminger in Würzburg an dem „Problem einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe“ (vgl. Nr. 83 und 85) haben ergeben, daß das Urteil des genannten Herrn Buchdruckereibesetzers in vielen Punkten sehr wesentlich von dem abweicht, was als Wesen und Zweck der neuen Berufsverfassung teils offen, teils klangmäßig in der kritisierten Schrift festgelegt oder auch nur problematisch angedeutet ist. Es liegt für den Verfasser der letzteren wie auch dieser Nachprüfung aber trotzdem keine Veranlassung vor, das Bemühen des Herrn Memminger, von seinem Standpunkt als Unternehmer, und damit als Teilhaber eines durch den Geist der neuen Zeit ernstlich bedrängten und begrifflicherweise auch schon oder unruhig gewordenen Herrenstandpunktes, einer ihm drohenden ersten Gefahr so scharf als möglich entgegenzutreten, irgendwie zu beklagen. Denn wo gehobelt wird, da gibt es Späne. Und je offener und ehrlicher diese Späne vorgemahnen werden, desto leichter wird es möglich sein, kräftigere Auflösungen zu korrigieren und den wahren Gehalt einer Sache allgemeiner verständlich zu machen. In solchem Geiste soll auch dieser dritte und vorläufig letzte Wallengang im Kampf um den Nachweis der Ideellen wie sachlichen Berechtigung einer gründlichen Neuorientierung untrer Berufs- und Lebensverhältnisse auf dem Nährboden der schwarzen Kunst zum Ausdruck kommen.

Die in der weiteren Fortsetzung der Kritik des Herrn Memminger noch einmal auftauchende und zu beachtenswerten Verzerrung des demokratischen Aufbaues der Organisation, Verwaltung und Rechtsprechung der gedachten Berufsgemeinschaft sei hier nur kurz gestreift. Es kommt eben auch dabei ganz darauf an, ob man eine Sache fördern oder hemmen will. Will man das erstere, so wird vieles leichter und verständlicher sein, als wenn man an einer Sache nur schlechte Seiten suchen und finden möchte. Herr Memminger mag sich jedoch beruhigen, das bewusste ökonomische Prinzip der Berufsgemeinschaft wird schon dafür sorgen, daß auch in dieser Frage keine Arbeitskraftverschwendung Platz greift.

Das gilt auch für die Kostenfrage, die Herrn Memminger begrifflicherweise ebenfalls sehr viel zu schaffen macht, weshalb er seinem bedrängten Herzen in folgender Weise Luft zu machen versucht, indem er schreibt:

Die Kostenfrage macht Herrn Schaeffer keine Bedenken. Auch nicht, wenn Arbeitsmangel eintritt. Es wird dann einfach die Arbeitszeit verkürzt und die hierdurch bewirkte Verleuerung der Produktion durch entsprechende Erhöhung der Druckpreise ausgeglichen. Ob aber das so leicht durchführbar ist, das ist ebenso zu bezweifeln wie die Ausführbarkeit des Vorschlags, die Überschüsse der Berufsgemeinschaft für Verbesserungen der Produktion und für Ausgaben an die Volksgemeinschaft zu verwenden. Wie sollen bei einer solchen komplizierten und hoffspiegigen Käuflichkeit noch Überschüsse erreicht werden? Wie soll unter solchen Umständen die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Buchdruckgewerbes mit dem Umstande geklärt und gelüht werden? Wie soll überhaupt noch irgendein deutscher Buchdruckereibetrieb blühen können, wenn in Deutschland fremdes Kapital Buchdruckereibetriebe gründet, die bekanntlich nicht sozialisiert werden können?

Daß die Kostenfrage dem Verfasser des „Problems einer neuen Berufsverfassung“ keine Bedenken verursacht haben sollte, ist auch so eine Behauptung, die mit dem Inhalte der gedachten Schrift in starkem Widerspruch steht. Das direkte Gegenteil ist der Fall. Denn gerade die „Preisordnung“ (Seite 60—64) bildet ein Kapitel, das auf einer sehr umfangreichen und genauen Untersuchung und Berücksichtigung aller Gesehungskosten, und zwar sowohl der persönlichen wie der materiellen, aufgebaut ist. Es sind dabei alle Gesichtspunkte in Erwägung gezogen, die für eine finanzielle Fundierung der Berufsgemeinschaft, gleichsam auf der Basis eines Jahresbudgets für einen Arbeitsstaat, in Frage kommen. Es wurde zu weit führen, die betreffenden Einzelheiten hier aufzuzählen und zu erläutern. Jede der kaufmännisch gefüllten Sachseite wird es sein, für die je vier Hauptpunkte der persönlichen und materiellen Gesehungskosten einen den jeweiligen Verhältnissen angepaßten Prozentsatz im Durchschnitt zu liefern, und darauf dann den Preis jeder Druckarbeit auf Grund der von ihr verzehrten menschlichen, produktiven Arbeitszeit zu ermitteln. In diesem Preise werden alle Anteile lummeln, deren Ausbleib Herr Memminger beinahe für unmöglich hält. Selbst der Arbeitsmangel und die durch Arbeitszeitverkürzung entstehende Verleuerung der Produktion.

Das heutige Unternehmertum brauchte sich allerdings in normalen Zeiten bei Arbeitsmangel nicht groß darüber

den Kopf zu zerbrechen, wie dessen wirtschaftliche Nachteile von den davon betroffenen menschlichen Arbeitskräften getragen oder ausgeglichen werden. Der privathapitalistische Unternehmer der „bewährten Wirtschaftsordnung“ ist eben auch hier nur ein Spekulant. Er spekuliert willentlich oder unwillentlich mit der Berufsgemeinschaft, indem er bei Arbeitsmangel die menschlichen Arbeitskräfte zur Arbeitslosigkeit verurteilt und im übrigen sich wenig darum kümmert, in welcher Weise die Arbeitslosen ihr Leben fristen, und daß dadurch alljährlich Millionen, ja beinahe Milliarden totes Kapital geschwollen und ruiniert werden. Denn einmal müssen die Arbeitslosen doch irgendwie aus anderen Quellen erhalten werden, und außerdem geht für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit der Wert ihrer Arbeitskraft der gesamten Volkswirtschaft verloren. Die Berufsgemeinschaft dagegen kennt keine Arbeitslosigkeit. Ein unbedingtes Recht auf Arbeit liefert jedem Mitgliede das Recht auf dauernde Beschäftigung. Bei Arbeitsmangel, der bei zentralistischer Regelung der Produktion innerhalb des ganzen Gewerbes auf ein außerordentliches Minimum beschränkt werden kann, wird die Vorkauf der Arbeitslosigkeit auf alle Gewerbegebiete verteilt, und zwar durch einheitliche Arbeitszeitverkürzung. Die dadurch hervorgerufene Verleuerung der Produktion wird ebenso auf die Allgemeinheit der Druckauftrags- und deren Kostenberechnung übertragen. Dadurch wird die gesamte Volkswirtschaft um keinen Pfennig mehr belastet, als wenn sie für Arbeitslosenunterstützung besondere Mittel bereitstellen müßte. Nicht nur der ganze Verwaltungsapparat für die Arbeitslosenversicherung wird gelpart, sondern auch das moralische Elend der Arbeitslosigkeit für einen Teil der Arbeiterchaft wird endgültig ausgeschaltet. Durch Ausfüllung der in solche besonderer Arbeitszeitverkürzung bedingten früheren freien Zeit zur sachlichen und allgemeinen Weiterbildung der Berufsgemeinschaftsgenossen kommen sowohl für die zukünftige Produktion als das Kulturleben neue Werte gewonnen werden. Dadurch reduzieren sich die Kosten der verkürzten Arbeitszeit nur auf ein neues Vorzeichen, dessen Umprägung in kostbarem Verfügen der Leistungsfähigkeit für die Zukunft Worte sollte Niederhaltung finden wird.

Auch die Zurückhaltung von „Arbeitskräften“ für Verbesserung der Produktion und Ausgaben an die Volksgemeinschaft muß unter solchen Umständen keine Unmöglichkeit, sondern eine Selbstverständlichkeit sein. Denn es handelt sich im Sinne der neuen Berufsverfassung hier gar nicht um irgendwelche vom Zufall oder der Einigkeit eines Unternehmers abhängige Werkzeuge, sondern um Rudimente, die von vornherein im Preis auch des kleinsten Druckauftrags proportional für ihr benötigtes Arbeitszeit mitinkorporiert werden müssen. Da die Verrechnung aller Druckarbeiten durch örtliche Verrechnungsgesellschaften entsprechend der einheitlichen Verrechnung aller Gesehungskosten in einheitlicher Weise für das ganze Gebiet der Berufsgemeinschaft erfolgen soll, so ist nicht einzusehen, daß diese Rudimente irgendwie fragwürdig sein sollen. Es wird nur ausgeschlossen sein, daß sie in irgendeiner Weise verknüpft sind, die auf privathapitalistischen Bedarf zugeschnitten sind.

Die von Herrn Memminger in der Berufsgemeinschaft bewiesene Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Buchdruckgewerbes mit dem Umstande ist auch so ein Ding, mit dem kein Einzel zu machen ist. Denn die Berufsgemeinschaft wird in ihrem ganzen Aufbau und in ihrer einheitlichen und fortschrittlichen Produktionsanweisung den größten und Leistungsfähigsten Erfindereifer der ganzen Welt darstellen. In allen deutschen Druckereien bilden die einzelnen Druckereien nur Filialen der ganzen Berufsgemeinschaft. Alle Schmalzmaschinen, alle Druckmaschinen, alle technischen, kaufmännischen und organisatorischen Konzeptionen- und Produktionsarten haben hier zur Verfügung für die Erledigung aller Druckaufträge. Wie soll da die ausländische Konkurrenz im Grunde zu bestehen? Und wo könnte angesichts solcher Produktionsvorteile der Berufsgemeinschaft das fremde Kapital den Mut nehmen, sich auf einen Ringkampf mit einer so großen Zielstreue wie die Berufsgemeinschaft einzulassen? Ganz abgesehen davon, daß das Kapital nicht allein produzieren kann, sondern in erster Linie die menschlichen Arbeitskräfte dazu zur Verfügung stellen muß. Mit ausländischen oder ungeschulten Arbeitern in Deutschland in Konkurrenz mit einer derart ausgerüsteten Berufsgemeinschaft zu treten, dazu gehört etwas mehr Mut, als dem Kapital und seinen Hintermännern im allgemeinen ungewohnt. Entweder beteiligen sich daher die ausländischen Kapitalisten an der Berufsgemeinschaft selbst, indem sie sich als deren Mitarbeiter aufnehmen lassen, oder sie werden im Konkurrenzkampf mit der Berufsgemeinschaft ihr Geld jedenfalls viel schneller los, als sie es sich im Zustande „erarbeiten“ können. Herr Memminger verkennt in diesem Zusammenhange auch die ausländischen Arbeiter, die er als Hintermänner gegen die menschlichen Arbeiterkraft ins Feld zu führen sucht. Er vermag das nur, daß diese es eben mit ausländischen Arbeitern und nicht mit deutschen zu tun haben. Und wie jedes Volk seine Regierung hat, die es verdient, so hat es auch seine Arbeiterchaft. Oder kann Herr Memminger selbst behaupten, daß ausländische Arbeiter in Deutschland von den Unternehmern ebenso be-

vorzugt werden wie deutsche Arbeiter von ausländischen Unternehmern?

Doch kehren wir nach diesem Gespenssterflug in die ausländische Kapitalistenfrage wieder zu unsern innerdeutschen gegenwärtigen Verhältnissen zurück, die namentlich Herr Memminger als einen seiner letzten Trümper gegen das „Problem einer neuen Berufsverfassung“ anzupfeifen versucht. Er schreibt:

Herr Schaeffer wendet sich gegen eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die das alte System der wirtschaftlichen und geistigen Anrechtlichkeit wieder aufrichten möchte. Ja, leben wir denn jetzt im Geiste wirtschaftlicher und geistiger Freiheit? Leben nicht viele Unternehmer, leben nicht viele arbeitswillige Männer und Frauen unter dem Druck drohender und gewalttätiger Streikbrüder? Und leben nicht gerade Angehörige des Druckereigewerbes seit der Revolution da und dort unter einem viel schärferen Druck der Zensur als vorher unter der Militärdiktatur? Ist das, was Herr Schaeffer will, nicht für alle, mit Ausnahme einiger Grobboszen, Freiheit mit dem Galgen daneben?

Nur gemacht, Herr Memminger, das „Problem einer neuen Berufsverfassung“ und die daraus sich ergebende Berufsgemeinschaft ist mit den Todtünden sogenannter Grobboszen noch lange nicht totzukriegen. Denn so genau es auch stimmt, daß sich der Untergrund der „neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die das alte System der wirtschaftlichen und geistigen Anrechtlichkeit wieder aufrichten möchte“, wendet, so falsch ist es, anzunehmen, daß damit auch eine Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Porzellanladenpolitik zum Ausdruck käme. Wäre das, letztere der Fall, so wäre ja die Sache erledigt und die Berufsgemeinschaft reif für den Erdboden. Aber die Berufsgemeinschaft soll uns ja erst nicht nur von den über uns hereingebrachten Folgen eines ganz verkehrten alten Systems der wirtschaftlichen und geistigen Anrechtlichkeit retten, sondern auch eine Wiederkehr der Ursachen solcher Wirkungen verhindern. Herr Memminger hat sicherlich ein großes Verlangen nach der guten alten Zeit vor dem Krüge; aber noch weit mehr Millionen von Menschen haben einen Abscheu davor, der auch durch die letzten verworrenen und fast trostlosen Zustände nicht gemildert wird, weil wir eben immer noch nur in den Verhältnissen leben, die die Folgen der „guten alten Zeit“ sind. Denn die „herrlichen Zellen“ der Gegenwart hat uns nur die privathapitalistische Wirtschaftsordnung belchert. Je schwerer es allen den Männern und Frauen im Geiste des Herrn Memminger fällt, dies zu verstehen und dementsprechend zu handeln, desto weniger wird Aussicht vorhanden sein, daß die heuligen Zustände einer friedlicheren Periode weichen. Denn wie es leider kaum zu vermeiden sein, daß die Freiheit einiger „Grobboszen mit dem Galgen daneben“ nicht nur eine Selbstläufe des Herrn Memminger in Würzburg bleiben, vielmehr traurige Falle werden wird; ganz gleich, ob diese „Grobboszen“ aus dem Lager von rechts oder links hervorgehen. Das eine wie das andre wird für die zukünftige Entwicklung des deutschen Buchdruckgewerbes wie überhaupt für die gesamte deutsche Volkswirtschaft von unheilvollen Folgen sein. Das aber zu verhindern ist gerade der Sinn und Zweck der Berufsgemeinschaft.

Herr Memminger gibt sich eine schlimmen Täuschung hin, wenn er glaubt, durch seine Kritik die durch die bisherige Wirtschaftsordnung begünstigte Verteilung der sozialistischen Gedankenwelt bannen zu können. Es fehlt hier der Raum, um das Anknüpfende dieses Vorhabens, so grundlich wie notwendig beweisen zu können; ihm und allen seinen Standesgenossen, die gleichen Gedankenengungen huldigen, sei daher das Studium des Aufsatzes „Bürgerliche Ideologie und sozialistische Denkarbeit“ von Alfred Moeglich in Heft 15 der sozialistischen Wochenchrift „Die Glodie“ im eigenen Interesse empfohlen. Dort ist gesagt, was hier zu sagen wäre, um Herrn Memminger und allen Kritikern der „neuen Berufsverfassung“ aus Prinzipalschreiben den Ernst der heutigen Zeit im Hinblick auf die Gedankenwelt der übergroßen Mehrzahl der deutschen Arbeiterchaft und damit auch der Buchdrucker in der Welt verständlich zu machen, daß es einem Kampfe gegen Windmühlensflügel gleichen würde, den Kampf gegen den neuen Zeitgeist in solcher Weise fortsetzen zu wollen. Gegenüber wird auch das Memmingerische Mittelstück der konstitutionellen Fabrik nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein wirken, und die Notwendigkeit einer gründlichen Neuorientierung wird trotzdem nur noch um so lauter und energischer an die Tore untrer Gewerbes pochen.

Daß etwas geschehen muß, daß es so wie bisher auch bei uns im Buchdruckgewerbe nicht mehr weitergehen kann, sieht Herr Memminger erkenntlicherweise selbst ein. Aber er hängt noch zu sehr an der alten Unternehmerherrlichkeit und kann von ihr nicht lassen. Das beweist die Tatsache, daß er selbst einen Vorschlag zur Wäbte macht, indem er schreibt:

Nur einen Weg kann es geben, welcher der Arbeit und ihrem Lohn einen neuen, kulturellen, vom Geiste der neuen Zeit und der wahren Freiheit ausstrahlenden Rahmen gibt, der dem Individualismus des alten, heiligen Unternehmertums gerecht wird und aus dem braven Arbeiter gibt, was ihm gehört, der privathapital-

Wirtschaftliche Konkurrenzswüchse beseligen wird, der Arbeit aller den ersten Platz einräumt, uns allen eine gute und sichere Existenz verkürzt, uns alle auf eine höhere Kulturstufe bringt und auch die wirtschaftliche und geistige Sittlichkeit ausbildet. Dieser Weg führt zum konstitutionellen Fabrikbetrieb, der die sämtlichen Mitarbeiter eines Betriebes nach sozialer Stellung und Dienstfall an Reingewinne beteiligt. Auf diese Art wird das Einkommen eines jeden Mitarbeiters gesichert und erhöht, aber zugleich auch sein Interesse an der Erhaltung, Förderung und Leistungsfähigkeit seines Geschäfts, was bei der Durchführung der Volksozialisierung in hiesiger Weise der Fall sein wird. Wie der demokratische Staat ein Vertrag zwischen Volk und Regierung ist, so kann auch ein Vertrag zwischen einem Unternehmer und seinen Mitarbeitern abgeschlossen werden. Angestellte und Arbeiter lernen durch größere Anteilnahme an den Schwierigkeiten der Stundenverwertung, der Materialverwertung und Direktion die geistige Arbeit und höhere Leistung tüchtiger Meister und Unternehmer besser als bisher würdigen. Dann wird auch der Reiz mehr Schwanden, der häufig im Geschäft wie im Leben den Antrieb zu solcher Bewertung und gewaltiger Beurteilung von Persönlichkeiten bildet, die namentlich durch eigene Arbeit sich wirtschaftlich emporgearbeitet und sozial gehoben haben. Viele von mir unterstützte Art der Sozialisierung ist möglich. In allen Dingen aber muß auch der Sozialpolitiker das Wort beachten: Die Politik ist die Kunst des Möglichen.

Der konstitutionelle Fabrikbetrieb soll also nach Herrn Memminger, die beste Lösung der sozialen Frage bringen. Diese Ansicht wird jedoch widerlegt durch die tatsächlichen Erfahrungen, die überall über mit den konstitutionellen Fabrikbetrieben gemacht wurden. Wir erinnern nur an die bekannten Veruche von Ernst Abbe (Zeiss-Werke) in Jena (siehe auch die bezeichnende Rundschau in heutiger Nummer) und Heinrich Greese in Berlin. In diesen wie in allen anderen bisher bekannt gewordenen Fällen der Errichtung „konstitutioneller Fabrikbetriebe“ sind die von Herrn Memminger geschilderten Vorteile für die damit beglückten Angestellten und Arbeiterkreise in keiner Weise erreicht worden, weil eben trotz des guten Kerns der Sache die privatkapitalistischen Prinzipien sowohl den „lauteren, fleißigen Unternehmern“ wie auch den „braven Arbeitern“ ihres Volkes nicht froh werden ließen. Die privatkapitalistische, antisoziale Konkurrenz erschwerete diesen Unternehmungen das Gedeihen nach jeder Richtung, weil sie eben nur Dänen in der Wüste des gleichen Industriezweiges waren. Der ständig zunehmende Wüstenland der privatkapitalistischen Konkurrenz führte sich bisher um alle „konstitutionellen Fabrikbetriebe“ wie auch sonstige sozialfortschrittlichere Betriebsysteme höher und höher, erschwerte ihnen die Konkurrenzfähigkeit und drückte damit auch die hochbergaften Unternehmerabsichten in den Staub. Dazu kamen dann noch die engen Fesseln für die Mitarbeiter der konstitutionellen Fabrikbetriebe, die sie eben von einer größeren Bewegungsfreiheit in der Wahl ihrer Arbeitsstätte abschloßen, wenn sie nicht auf langjährige wohnortsbundene Rechte verzichten wollten. Nur wo ein „konstitutioneller Betrieb“ sich auf ein ganzes und großes Arbeitsgebiet, wie z. B. die Staatsbahnen und die Reichspost, sich erstreckt, da ist die Möglichkeit gegeben, daß ein Austausch der Arbeitsstellen möglich ist. Wie notwendig ein solcher Arbeitsstellenwechsel ist, kann Herr Memminger z. B. aus jeder Nummer des Organs des Deutschen Eisenbahnverbandes ersehen. In einem einzelnen konstitutionellen Fabrikbetrieb ist das völlig ausgeschlossen. Zeit seines Lebens ist der Mitarbeiter eines solchen Betriebes an seine Arbeitsstätte, an einen engen Personenkreis und an die gleichbleibenden Arbeitsverhältnisse mit all ihren mehr oder weniger unangenehmen persönlichen Abhängigkeiten gebunden. Und mag der Besitzer ein noch so humaner Herr sein; er ist nicht imstande, irgendeine Garantie dafür zu bieten, daß nach seinem Tode die gleichen erträglichsten Verhältnisse für seine Mitarbeiter fortbestehen. Das alles kommt in Wegfall, wenn ein Betrieb auf demokratischer Grundlage im Sinne der Berufsgemeinschaft das ganze spezifische Produktionsgebiet eines großen Volkes umfaßt. Da ist die Entwicklung und Gestaltung der persönlichen und materiellen Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter nicht nur auf die Einsicht zweier menschenfreundlicher Unternehmern beschränkt, sondern auf dem Wohl und Wehe aller Mitarbeiter aufgebaut. Und dieses Wohl und Wehe aller Mitarbeiter, das sich auf ein klug und wohlberathenes Zusammenarbeiten aller gleichartigen Betriebe eines großen Landes erstreckt, ist ein viel mächtigerer Kulturfaktor als das gute Herz und die kluge Einsicht des einen oder andern Unternehmers. Erst durch die Masse und die Vielseitigkeit der Entwicklungsmöglichkeiten in einer einheitlich zusammengefaßten Berufsgemeinschaft lassen sich die sozialen Vorteile einer „konstitutionellen Fabrik“ auch wirklich durchführen, erhalten und ausbauen. Die persönliche Bewegungsfreiheit wird in ihr um so größer, je weiter sich ihr Bereich erstreckt, die wirtschaftliche Freiheit um so sicherer, je schwächer durch ihre Stärke und ihren Umfang die Konkurrenzgefahren sind. Nehmen wir an, daß alle Buchdruckerbetriebe gleich Herrn Memminger ihr Unternehmen in eine „konstitutionelle Fabrik“ umwandeln wollten, so wäre das Ende vom Lied ein gegenseitiger Konkurrenzkrieg, wie er schimmer und harigüdtiger nicht einmal in der jetzigen Situation gegeben ist. Jede Rücksicht auf andere Berufsgenossen in anderen Betrieben müßte verkommen im Interesse des Wohlwills und Gedeihens des „eigenen“ Geschäfts, auf den alleinigen Wohl und Wehe das ganze Leben eines jeden Mitarbeiters unlosbar verknüpft wäre. Eine „konstitutionelle Fabrik“, die die meisten Betriebskapitalien, die meisten Schmalzmaschinen, die besten Druckmaschinen, die meisten

Schiffen, die besten Produktionsrichtungen hätte, würde spielend alle andern „konstitutionellen Fabriken“ auf dem Konkurrenzgebiet überflügeln, trotz aller vorbildlichen sozialen Gesinnung und technischen Tüchtigkeit des Unternehmers und der Mitarbeiter in schwächeren Betrieben. Die engen Grenzen der einen eigenen „konstitutionellen Fabrik“ würden die Grenzen jeder persönlichen Freiheit für alle ihre Mitarbeiter auf ein Minimum beschränken, das einfach unerträglich wäre, während eine Zusammenfassung aller deutschen Buchdruckereibetriebe nach dem „Prinzip einer neuen Berufsverfassung“ im Rahmen einer Berufsgemeinschaft diese persönliche und wirtschaftliche Freiheit in gleichem Maße fortgesetzt erweitern würde, als es die Einsicht der Mehrheit aller Mitarbeiter im eigenen Interesse auf soziale und demokratische Gleichberechtigung in Verbindung mit dem Ausbau der persönlichen und technischen Produktionskraft aller Berufsangehörigen nur irgendwie vereinbaren läßt. Und das nur auf dem Wege der festen Überzeugung, daß nur auf diesem Wege die Freude an der Arbeit auch bei der Mehrheit im Buchdruckgewerbe und damit ihr Segen für alle ihren Einzug halten wird.

Aber alle Einzelheiten des Problems ist damit noch lange nicht das letzte Wort gesprochen. Manches wird daran noch zu bessern und zu ändern sein. Aber die Hauptsache ist und bleibt, daß das Ziel klarer vor die Augen aller Berufsangehörigen gerückt ist. Herr Memminger hat mir durch seine umfangreiche Kritik Gelegenheit gegeben, die Arbeiterschaft auch an dieser Stelle etwas näher mit dem ganzen Problem bekanntzumachen. Dafür bin ich Herrn Memminger dankbar. Ich bin zwar nicht naiv genug, zu glauben, daß ich ihn eines Besseren überzeugt habe; dafür scheint die Kluft zwischen seiner Welt- und Lebensauffassung und jener der Arbeiterschaft, in deren Interesse ich das Problem zu lösen veruche, zu groß zu sein. Und wenn man die neueste Nummer der „Zeitschrift“ mit der mehr als weisfremden „Mahnung an die Radikalen“ dabei in Betracht zieht, so bleibt vorläufig leider nur die Aussicht übrig, daß das deutsche Buchdruckgewerbe noch weit schlimmere Erschütterungen durchmachen muß als bisher, ehe an eine Verwirklichung der Berufsgemeinschaft im Sinne des Unterzeichneten auch nur annähernd zu denken ist.

Herr Memminger, und mit ihm wohl die meisten seiner Kollegen aus dem Unternehmerstande, stehen dieser Entwicklung wie mit einem Janushaupt gegenüber; mit dem einen Gesicht lächelnd in die Vergangenheit und mit dem andern großtun in die Zukunft blickend. Die Arbeiterschaft aber blickt froh aller reaktionären Gemütswolken mit größerem Vertrauen in die Zukunft. Sie hat die arbeiterfeindliche Vergangenheit überwunden. Sie hat die Anmoraliät und Söhheit der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung vor dem Krieg und während des Krieges in ihrer ganzen traurigen Größe kennen gelernt. Drinnen in den Fabriktrieben hat sie die vielen Bösen und die wenig guten Kräfte zu unterscheiden gelernt, die der privatkapitalistischen Güterzeugung wie auch der sozialen Entwicklung ihr Gepräge gegeben haben. Und was darüber hinaus noch unklar blieb, das haben die Millionen Feldgrauen an allen Fronten unter der Fuchel des Kadavergehorjams im Schlamm und tausendfacher Lebensgefahr durch jahrelangen praktischen Anschauungsunterricht weit besser verstanden gelernt als alle Doktoren sämtlicher Wissenschaften. Sie haben die früheren göttlichen Späher der Völker, der hohen und höchsten Gesellschaftskreise im Wahnsinne des Siegetraumels wie in der leigen Stillsichtigkeit ihrer Entlarvung erkannt. Sie haben erkannt, daß alles Lug und Trug war, was man ihnen früher als idealen Gehalt der „bewährten Wirtschaftsordnung“ vorzuspiegeln suchte. Wer so genarrt und geprellt wurde, der müßte kein Mensch sein, wenn er nicht in tödlich beleidigter Menschenwürde einen scharfen Trennungsschnitt zwischen einst und jetzt ziehen wollte. Diesen so genarrten Menschen ist allein die Einsicht geblieben, daß nur die menschliche Arbeitskraft die Quelle aller menschlichen Wohlfahrt ist. Möge sie in geistiger Konzentration oder körperlicher Zusammenwirkung zum Ausdruck kommen; sie allein ist sein Schutz und sein Schirm für sich selbst wie für alles, was Menschenanlieh trägt.

Noch steht aber die Wut und Empörung über den frevelhaften jahrelangen Völkermord und die sklavensmäßige Behandlung vieler Millionen deutscher Männer zu tief in den Massen des Volkes und insbesondere in der Arbeiterschaft, weil diese am schwersten darunter zu leiden hatte und größtenteils noch zu leiden hat. Nur zu gern folgen sie daher noch dunklen Stimmen der Leidenshaften und wenden ihre schärfste Waffe, die der Arbeitsverweigerung, ohne Rücksicht auf sich selbst und ihre Angehörigen zur Abwehr in blinder Wut gegen alles an, was ihnen im Wege zu stehen scheint. Dieser Geist der Anzuerkennung und des Mißverstandes hat im Grunde genommen sehr wenig mit Parteipolitik zu tun. Seine Wurzel ist allgemein menschlich und wirtschaftlich. Er sitzt in Deutschland nur tiefer, weil hier auch das Herrenmenschenum von jeder das Volk viel tiefer in das Elend und die Armut gestoßen hat als sonstwo auf dem Erdenrund. Wenn wo ist ein Volk der Erde in deutschen Tagen, das so in Mißständen und Schicksal durch keine „Herren“ geraten ist? Töricht und feig ist es, die hauptsächlichsten Ursachen dieses Elendes bei fremden Völkern zu suchen. Wir selbst sind unfers Völkisches Schmiebel!

Die noch die Welt an deutschem Wesen zu genesen hätte, haben wir selbst erst noch zu genesen. Gesehen wird aber unser Volk nur dadurch, daß alle Vorklöße der Vergangenheit aus seinem Wirtschaftskörper reflexlos ausgehoben und das ganze Volks- wie das Wirtschaftslieben von Grund auf erneuert werden. Der gegenwärtige Zustand unfers Volkes gleicht dem eines an lebensgefährlicher

Gurunkulose Erkrankten, dessen Knochen- und Zellengewebe schon anfangen, sich zu zerschellen. Nur wenn es gelingt, das schwer vergiftete Blut dieses todkranken Körpers reiflos zu erneuern und alle Giftstoffe auszuscheiden, dann wird dieser Kranke nicht nur mit dem Leben davonkommen, sondern einer der gesündesten Menschen der Zukunft sein. Dieses Beispiel gilt aber nicht nur für den Volkshörper im allgemeinen, sondern auch für jeden einzelnen Teil seiner Produktionsgebiete, und damit auch für unser Buchdruckgewerbe. In dem „Problem einer neuen Berufsverfassung“ ist Diagnose wie Heilmethode in vorlebendem Sinne festgestellt und entwickelt. Und so wenig ich persönlich Ursache habe, mich darüber zu betrüben, daß Herr Memminger in Würzburg mit dieser durchgreifenden Heilmethode nicht einverstanden ist, so wenig vermag ich seinem Palliativmittel in Form der „konstitutionellen Fabrik“ eine besondere Heilkraft zuzuschreiben. Die neue Berufsverfassung erkennt als obersten Grundlag im Einklange mit der neuen Reichsverfassung einen besonderen Schutz der menschlichen Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut an. Und gleich wie die neue Reichsverfassung jedem Deutschen, unbedacht seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht auferlegt, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu befähigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert, so räumt auch die neue Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe dem Herrn Memminger wie jedem seiner Standesgenossen von heute in Zukunft noch das Recht ein, geachtete und gleichberechtigte Mitarbeiter im Tempel der Kunst Gutenberg's zu bleiben, sofern sie wirklich Buchdrucker sind und bleiben wollen, aber nicht nur mit Worten, sondern vor allem durch die Tat!

Hier ist aber der springende Punkt, um den sich das ganze Problem der Sozialisierung dreht. Er bedeutet die unerlöbliche und konsequente Ausschaltung der privatkapitalistischen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Auf diesem Wege gibt es für die Arbeiterschaft kein Zurück mehr, am allerwenigsten für die deutsche. Die Betretung der menschlichen Arbeitskraft aus den privatkapitalistischen Fesseln bedeutet Betretung und Erhebung des menschlichen Willens aus der Sineschlichkeit der Arbeit zur Luft und Freude an der Arbeit. Jeder Arbeiter weiß es aus eigener Lebenserfahrung, daß der Druck des privatkapitalistischen Profitstrebens ungeheure Werte an rationeller Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft verkümmern läßt und täglich aufs neue zerkümmert. Es ist daselbe geistliche Trugbild, wie es unter dem Drucke des kulturellen und freiheitswürdigen Kadavergehorjams des Militarismus nach außen hin auf politischem Gebiet in Erscheinung trat, nach innen jedoch ungeheure Werte an geistigen und materiellen Gütern verschlang, und schließlich doch nur zum Zusammenbruche des alten Deutschen Reiches führte. Und so sicher es sein wird, daß sich die gesamte deutsche Arbeiterschaft ungeachtet aller parteipolitischen Spaltung wie ein Mann zur Abwehr erheben würde, wenn die „Grobhonzon“ des ehemaligen Militarismus es im Ernste wagen wollten, die Herrschaft der gepanzerten Faust in Deutschland wieder aufzurichten, so sicher steht auch der Tag bevor, an dem die deutsche Arbeiterschaft in geschlossener Bilanz die „Grobhonzon“ der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung aus ihren Herrenmänteln endgültig verjagen wird, wenn diese sich dem Geiste der neuen Zeit auf die Dauer noch weiter entgegenstemmen und der menschlichen Arbeitskraft ihr Erbgebührenrecht auf dem Gebiete der Gütererzeugung noch länger streitig machen wollen.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit und nicht so allfrenklich idyllisch, wie sie sich Herr Memminger in Würzburg vorstellt. Können sich die Unternehmer nicht bald mit einer schiedlich-friedlichen Ablösung ihrer Herrenrechte einverstanden erklären, solange dies noch möglich ist, so wird die Zeit nicht mehr lange auf sich warten lassen, wo diese Politik als die Kunst des Möglichen auch für sie zu einer solchen des Nötigen geworden sein dürfte. Trotzdem bilden aber weder das noch Gebührende gegen die Unternehmer als Menschen den Grundgedanken der neuen Berufsverfassung, sondern nur klare, aber vollauf beachtliche Gegenhaltung gegen das bisherige privatkapitalistische Ausbeutungssystem der menschlichen Arbeitskraft. Getragen von der Erkenntnis, daß ungeachtete Kräfte frei werden, wenn die menschliche Gütererzeugung aus einem persönlichen Zwangsverhältnis zu einem nach Natur- und Geistesgaben pflichtgemäßen und doch freiwilligen Arbeitsfelde für alle arbeitsfähigen Menschen umgewandelt wird, habe ich in meinem „Problem zu einer neuen Berufsverfassung“ für das deutsche Buchdruckgewerbe alle jene Gesichtspunkte zusammengefaßt, deren Beachtung bei einigermäßen gutem und ehrlichem Willen zur Mitarbeit zu einer zeitgemäßen Umwandlung der jetzigen überlebten Produktionsverhältnisse in unserm Gewerbe führen kann. Auf das werde ich nach dem Ende unserer Hände oder Bestes Arbeit verbilkern und zerplitttern, sondern gerade wir Buchdrucker als vorbildliche Pioniere der Arbeit dem ganzen deutschen Volk in Stadt und Land nicht nur in Worten, sondern auch durch die Tat für unser Gewerbe beweisen können:

Daß Friede wolle, Wohlstand blühe,
Daß Freud und Hoffnung hell durchleuchtet
Der Arbeit Heim, der Arbeit Leben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben!

Leipzig.

Karl Schaeffer.

Verschiedene Eingänge

„Die Neue Zeit.“ Wochenblatt der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 10-14. 37. Jahrgang. 2. Band. Die Vektüre der Nr. 10 empfahlen wir ganz besonders. Stimmt die da. ... (Text ist teilweise unlesbar)